

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. März 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 28.

## Bekanntmachung.

Gelegentlich der Tarifberatung hat der Tarifausschuß auch Veranlassung genommen, über die Arbeitsvermittlung in unserm Gewerbe und die Wirksamkeit unserer Arbeitsnachweise zu beraten. Bei dieser Beratung ist nachgewiesen und anerkannt worden, daß die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit und Arbeitskräften durch unsere Nachweise die Tarifparteien bisher leider nicht befriedigt hat. Während prinzipalsseitig teils über ungenügende Vermittlung, teils über mangelhafte Arbeitskräfte Klage geführt wurde, gingen gehilfenseitig die Beschwerden insbesondere dahin, daß die örtlichen Arbeitsnachweise seitens der Prinzipalität nicht genügend benutzt oder vielfach nur dann in Anspruch genommen würden, wenn es sich um vorübergehende Beschäftigung von Gehilfen handelt. Insbesondere sei dies in Erscheinung getreten in den größten Druckstädten, in denen man erwiesenermaßen vielfach vorziehe, unter Übergehung der örtlichen Arbeitsnachweise die erforderlichen Arbeitskräfte auf dem Inseratenwege zu gewinnen, wodurch die Zahl der arbeitslosen Gehilfen an dem einen Ort eine ungewöhnlich große werde, während es zu gleicher Zeit in den kleineren Druckorten mehrfach an Arbeitskräften fehle.

Das Tarifamt richtet deshalb wiederholt die dringende Bitte an alle tarifzugehörigen Buchdruckereien, insbesondere an deren Geschäftsleiter und Faktoren, bei Bedarf von Arbeitskräften sich zunächst an den nächstliegenden Arbeitsnachweis zu wenden, dessen Aufgabe und Verpflichtung es ist, nur an tarifzugehörige Buchdruckereien ebensolche Gehilfen zu vermitteln.

Nach § 20 der Bestimmungen für die Arbeitsnachweise sind die Gehilfen, wenn auch im eigensten Interesse, verpflichtet, sich bei eingetretener Arbeitslosigkeit sofort beim zuständigen Arbeitsnachweise zwecks Vermittlung eintragen zu lassen. Diese Bestimmung muß auch für die Prinzipalität Veranlassung sein, tunlichst alle entstehenden Balancen und nicht nur vorübergehende Konditionen durch den Arbeitsnachweis zu decken. Soll der arbeitslose Gehilfe verpflichtet sein, sich auf dem Arbeitsnachweise zur Verfügung des Prinzipals zu halten, so müssen letztere hieron auch gebührend Gebrauch machen; andernfalls verfehlen die Arbeitsnachweise ihren Zweck vollständig und sind schließlich die Kosten nicht wert, die beide Tarifparteien hierfür aufzubringen haben.

So sind im Geschäftsjahre 1911/12 allein 38 Proz. der vermittelten Gehilfen unter Ausschließung unserer Arbeitsnachweise eingestellt worden. Wir sind der bestimmten Meinung, daß die Mehrzahl dieser Gehilfen sich ebensogut und ebensoschnell durch unsere Arbeitsnachweise hätte vermitteln lassen.

Der mehrfach gehörten Klage, daß die auf den Arbeitsnachweisen eingetragenen Gehilfen vielfach den tariflich berechtigten Ansprüchen in bezug auf Leistungsfähigkeit nicht genügen, wird nicht ohne die Klage für unberechtigt erklären zu wollen, wirksam entgegenhalten können, daß bezüglich der frei engagierten Gehilfen die Garantien für eine besondere Leistungsfähigkeit zumeist auch nicht geboten sind. Beweise hierfür hat das Tarifamt genügend in Händen. Sollten tatsächlich durch die Arbeitsnachweise Gehilfen zur Vermittlung kommen, die den tariflichen Anforderungen in bezug auf Leistungsfähigkeit nicht entsprechen, dann wird sich durch die Vermittlung der zuständigen Tariforgane ein Weg finden lassen müssen, um die Entlohnung solcher minder leistungsfähigen Gehilfen in ein richtiges Verhältnis zu den wirklichen Leistungen zu bringen. Derjenige Gehilfe, der unter normalen Arbeitsverhältnissen nicht in der Lage ist, das tarifliche Minimum verdienen zu können, kann ganz selbstverständlich bei seiner Entlohnung darauf auch nicht Anspruch erheben. Im Interesse solcher minder leistungsfähigen Gehilfen dürfte es ganz gewiß auch liegen, daß denselben in einer noch festzusetzenden Frist Gelegenheit gegeben wird, das Versäumte nachzuholen und sich zu vollwertigen Gehilfen im Sinne des Tarifs auszubilden.

Unsere Kreisvertreter sind berechtigt, auf Antrag solcher Gehilfen und nach Prüfung und Feststellung des Prozentsatzes der Minderleistungsfähigkeit entsprechenden Antrag beim Tarifamt zu stellen.

Wir lassen nachstehend die Adressen der Verwalter unserer Arbeitsnachweise folgen und bemerken, daß etwaige Abänderungen hieran fortlaufend durch unsere Organe auf dem Wege der Bekanntmachung den Tarifparteien zur Kenntnis gebracht werden.

Berlin, 22. Februar 1912.

### Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Franz Francke, Prinzipalvorsitzender.

L. G. Giesecke, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Aachen: Templergraben 40, C. Haugen.  
Altenburg: S.-W.: Adelheidstraße 14 II, Emil Sturm.  
Augsburg: Morellstraße 19 I, W. Schmid.  
Barmen: Südstraße 4 III, Adolf Schwaigerer.  
Berlin: Goemannstraße 13, Robert Wittmann (Fernspr. Amt Norden, 3791—3797).  
Bielefeld: Weststraße 28, Louis Ernst.  
Brandenburg a. H.: Wäckerstr. 37, R. Gerster (Fernspr. 48).  
Braunschweig: Schloßstraße 2 (Buchdruckerei Riefe & Co.), Rudolf Severidt.  
Bremen: Jakobikirchhof 20, Jakob Schmidt (Buchdruckerei H. M. Hauschild).  
Dresden: Kupferschmiedestraße 7 II, C. Fiedler (Fernspr. 8884).  
Chemnitz: Brückenstraße 31, R. Müller.  
Danzig: Petershagen a. d. W. 12 I, Fr. Nagroßki.  
Darmstadt: Wilmuthstraße 7, W. Ernst.  
Dessau: Melanchthonstraße 12 II, Robert Wöckel.  
Dortmund: I. Kampstraße 65, Louis Eisenstein.  
Dresden: Grönlundstraße 2 I, D. Sassenberg (Fernspr. 6755).  
Düsseldorf: Arndtstraße 13 II, W. Krone.  
Duisburg: Sedanstraße 4, Franz Ehlers.  
Erfurt: Kattstraße 16, Edmund Sonnenstädt.  
Essen (Ruhr): Rheinische Straße 8, Paul Freymuth.

Flensburg: „Flensburger Nachrichten“, W. Husfeld.  
Frankfurt a. M.: Allerheiligenstraße 51, Karl Neus (Fernspr. 11202).  
Frankfurt a. O.: Fischerstraße 50, Georg Finger.  
Freiburg i. B.: Lehener Straße 20 II, Rich. Jacobi.  
Göttingen: Groner Chaussee 52a II, R. Rohrs.  
Gotha: Hofstraße 79, Karl Vally (Fernspr. 106).  
Hagen i. W.: Rembergstraße 31 II, Hugo Hedemann.  
Halle a. S.: Kl. Klausstr. 7, Fr. Schirmer (Fernspr. 3160).  
Hamburg: Grimm 23, Bütschom (Fernspr. Gruppe 3, 646).  
Hannover: Nikolaistraße 7 II, Th. Gerhard (Fernspr. 3238).  
Hildesheim: Waterloostraße 2, F. Fürtke.  
Jena: Jena-Ost, Bürgelische Straße 62, Alfred Schiller.  
Kaiserslautern: Schumannstraße 13, Hermann Seering.  
Karlsruhe i. B.: Jägeringer Straße 100, Hermann Casse.  
Kassel: Schillstraße 9 I, Paul Gipp.  
Kiel: Mittelstraße 18, H. Wutenjahn.  
Koblenz: Weigerstraße 29, Jakob Hommen.  
Koburg: Probstgrund 31, Chr. Reich.  
Köln a. Rh.: Gereonshof 28, Fritz Müller (Fernspr. 2319).  
Königsberg i. Pr.: Heidemannstraße 9 III, W. Krause.  
Konstanz: Obere Laube 21, Aug. Wettinger.  
Krefeld: Wilhelmstraße 11 II (Eing. Hofstr.), Fr. Stapper.  
Leipzig: Buchgewerbehau, Platsstraße 1, Rich. Zübert.

Lübeck: Mengstraße 16, Max Schmidt.  
Magdeburg: Albrechtstr. 4pt., O. Wietchner (Fernspr. 431).  
Mainz: Binger Straße 8, Wilh. Wöttiger.  
Mey-Devant-les-Fontis: Follweg K. 36, J. R. Böller.  
Mühlhausen i. G.: Straßburger Straße 111, Florent Klein.  
München: Holzstraße 24 I, Aug. Döhling (Fernspr. 4876).  
Münster i. W.: Sternstraße 23, W. Meister.  
Naumburg a. S.: Weisenstraße 1a, Otto Reichmann.  
Nürnberg: Breite Gasse 25/27, Mittelbau I, Zimmer 14, Johann Stumpner.  
Posen: Königsplatz 5, Gartenhaus, dritter Eingang III, W. Klosser.  
Potsdam: Nowawes-Potsdam, Luisenstraße 19, Walter Meyer (Fernspr. Amt Potsdam Nr. 6).  
Regensburg: Engelburger Gasse D 32/33 III, August Borz.  
Reimscheid: Hermann Krumm, i. Fa. Hermann Krumm.  
Saarbrücken: Neugeländstraße 7, Franz Hartmann.  
Siegen i. W.: Kornmarkt 22, Th. Seppel, i. Fa. Heinrich Grimm Nachf. (Fernspr. 350).  
Stettin: Klosterhof 3 I, F. Stakemann (Fernspr. 1628).  
Straßburg: Halbmondgasse 1, Joh. Geßel.  
Stuttgart: Heustiegstraße 54 part., Gottl. Klein.  
Wiesbaden: Frankfurterstraße 24 III, Heinrich Wienold.  
Würzburg: Obtrager Gasse 8 II, Emil Juchs.

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Bekanntmachung des Tarifamts** betreffend bessere Benutzung der verästelten Arbeitsnachweise durch die Prinzipale und die Gehilfen.

**Artikel:** Der außerordentliche Verbandstag der Hilfsarbeiter (Schluß).

**Volkswirtschaft:** Von der Steuerung, der volkswirtschaftlichen Statistik und den Steuerungsdebatten im Reichstag.

**Korrespondenzen:** Berlin (R.). — Essen. — Frankfurt a. M. — Götting. — Landau (Wald).

**Grundschau:** Kommunales Verständnis für unsere Tarifpolitik. — Vergütung fähiger Druckerarbeiten in Gagen. — Gehilfenprüfung in München. — Sondernbare Betätigung eines Vertreters der Maschinenfabrik Bochumserberg. — Lehrverein und Jüdischbuchdruckerei. — Beendigung des Generalstreiks in Genoa. — Konflikt in der „Pariser Zeitung“. — Internationales Buchdruckerkongreß 1912. — Schiffsanstellung. — Eigne Gewerkschaftsvereinstellung. — Kommunitarion zum Lohnbestimmungsgesetze. — Zur Bewegung des Substitutionsgesetzes in Preußen. — Genossenschaftliche Steuerleistungen. — Gewerkschaftsnachrichten.

**Literarisches:** Die Kalkulation von Druckerarbeiten.

## Der außerordentliche Verbandstag der Hilfsarbeiter.

(Schluß)

Wenn nicht alles täuscht, wird der Berliner Jungbrunnen den dringend notwendigen Läuterungsprozeß in der Hilfsarbeiterorganisation nicht so einfach gestalten. In Berlin selbst findet der außerordentliche Verbandstag eine Nachklang, der eine Wiederholung der bei uns nach der außerordentlichen Generalversammlung in Halle (1896) eingetretenen Wirren befürchtet läßt. Bewegt um selbstverständlich auch der Wunsch, daß trotz alledem noch die Besonnenheit in den übrigen Orten und eine verstärkte Wiederkehr der gewerkschaftlichen Staatskräften bei der Mehrheit in Berlin das Schlimmste abwenden möge, so eröffnen sich für den Augenblick doch wenig günstige Ausblicke. Die Dresdner Zeitung, die dem Verbandsvorstande nächst Berlin die schärfste Opposition bereitet, hat sich auch nach den Berliner Beratungen noch nicht zu der Ansicht ausschwingen können, daß das Organisationsinteresse nicht eine Unterstützung der Berliner defizitären Tendenzen erfordert, sondern eine Abkehr von der Moritzschen Gewerkschaftstaktik bringendes Erfordernis ist. Eine Versammlung in Berlin am 3. März, in der man auch zu dem untauglichen und unsauberen Betätigungsmittel für die eigne Schuld griff, unsern Kollegen Böblin für alles verantwortlich zu machen, zeigt vielmehr, daß Dresden, wo die Verärgerung und Verbitterung allerdings reichlich durch die Buchdruckerprinzipale hervorgerufen ist, die nicht jetzt erst einen Tarif mit den Hilfsarbeitern nicht eingehen wollten und sich allen Vorstellungen der Tarif- und ihrer Organisationsinstanzen unzugänglich zeigten, stramm zu der Berliner Rebellion hält.

Das Bedauerlichste an diesen dargelegten Vorgängen ist aber, daß sie dem gar nicht so kleinen Teile von Prinzipalen, der von tariflichen Vereinbarungen mit dem Hilfspersonal nichts wissen will und stets dafür die Tarifunruhe der Hilfsarbeiter ins Feld führt, die besten Argumente für ihr ablehnendes Verhalten liefern. Die Kurzsichtigkeit auf der einen Seite, der gewerkschaftliche Minderglaube, ohne Tarifvertrag es weiter bringen zu können, durch Putsch im Handumdrehen mehr erreichen zu können, ist die zweite und größere Gefahr. Das Herausbeschwören von Gegenaktionen, wie im vergangenen Jahre der alle Welt in Staunen setzende Sympathie „Frei“ der Allsteinischen und Moßeschen Wälder zugunsten der Scherfischen, ist eine weitere, ernste Erwägung, die zudem moralische, von der Öffentlichkeit zu entscheidende Nebenbedenken hat, die zweifellos den Arbeitern abträglich sind. Daß für uns Buchdrucker die von Moritz und Genossen beliebte wunderbare Auffassung einer tariflichen Konstitution aber eine direkte Gefahr und nur geeignet ist, das Verhältnis unserer Druckerkollegen und der Verbandsorgane zu den Hilfsarbeitern zu verschlechtern, und daß uns eine Unsumme von Schwierigkeiten aus dem Mächtigsten und der gewerkschaftlichen Unruhe einer sich in ihren Wegen und ihren Mitteln vollständig irrenden örtlichen Leitung erwachsen muß, ist klar.

Wie haben also ein sehr begreifliches Interesse an den Vorgängen und den Zuständen in der Hilfsarbeiterorganisation und den selbstverständlichen Wunsch, daß auch dort die gewerkschaftliche Disziplin, die demokratische Unterordnung, über die Regeln so wahre und überzeugende Worte fand, die Oberhand behalten. Alles andre ist Sache der Hilfsarbeiterorganisation selbst, die ihre Verhältnisse nach dem Willensausdruck ihres eignen Parlaments regelt. Wir können und wir verlangen auch nicht, daß die Hilfsarbeiter sich mit einem Tarif abfinden sollen, der ihren Interessen nicht entspricht würde; wir können auch nicht erwarten, daß sie jede beliebige Auffassung und Auslegung auf Prinzipalseite anerkennen müssen, inwiefern wir das ebensowenig tun und auch in Zukunft nicht tun werden, denn es ist doch ganz naturgemäß, daß zweierlei Interessen auch zweierlei Anschauungen bedingen. Mögen die Hilfsarbeiter als selbständige Vertretung diesen oder jenen Standpunkt der Prinzipale verwerfen oder ihn bekämpfen, das ist alles ihre Sache, wie auch von unserer Seite dahin zu wirken ist, daß den Auslegungsvorwürfen der Prinzipalität die Räume nicht in den Himmel wachsen. Was wir jedoch erwarten müssen, ist die Respektierung dessen, was als das Beste für die Organisation unter den jeweiligen Umständen rechtmäßig anerkannt worden ist. Kommen wir mit in Gefahr durch die Eigenmächtigkeiten eines Mannes, der sich selbst das Zeugnis eines rabiaten Menschen ausstellt, dann reden wir eben ein Wort mit. Wer würde denn einem Brand-

stifter ruhig zusehen, wenn er nach vollbrachter Tat an dem Besitztume des Nachbarn nur die Fackel in das eigene Haus zu schleudern im Begriffe steht?

Wie die bereits erwähnte Versammlung es aber auswies, ist der Berliner Rebel noch keineswegs gewichen. Brauchte doch Moritz die Behauptung fertig, in Wirklichkeit habe der Verbandstag gegen die Organisationsleitung entschieden, denn die 19 Stimmen der Opposition bedeuteten 9339 Mitglieder, während die 25 das Verhalten des Verbandsvorstandes gutfindenden, das der Berliner aber verteilenden Stimmen nur 6899 Mitglieder hinter sich führten. Moritz verwechselte also eine gewerkschaftliche Generalversammlung mit der einer Aktiengesellschaft, wo jede abgegebene Stimme nach der Zahl der repräsentierten Aktien gewertet wird. Es wäre gut, wenn Moritz diese Weisheit einmal auf die sozialdemokratischen Parteitage übertragen wollte, auf denen es noch keinen Menschen — ebensowenig wie auf gewerkschaftlichen Generalversammlungen — eingefallen ist, beispielsweise die Redeschichten zwischen Radikalismus und Revisionismus beendenden Abstimmungen nach der Zahl der von einem jeden Delegierten vertretenen Mitglieder einzuschätzen. Er würde eines großen Heiterkeitserfolges sicher sein. Wie unsinnig ein solcher Standpunkt ist, erhellt auch deutlich schon daran, daß der selbstredend mit ungebundenem Mandat erscheinende Delegierte ja gar nicht weiß, ob er mit seiner Abstimmung auch seine Mandatgeber hinter sich hat. Er glaubt eben, das Beste für die Organisation zu tun, wenn er so oder so stimmt. Wie häufig ist den Abgeordneten bei ihrer Wiedererstattung aber schon derb gesagt worden, daß sie damit der Meinung in Mitgliederkreisen nicht Rechnung getragen haben? Man sieht also, August Moritz ist nicht nur rabiat, sondern auch höchst konfus. Daß die Berliner bei den 9339 Stimmen gegen die Verbandsleitung das Kraut erft fettmachen (wie im ersten Artikel bereits ausgeführt, stellten die Berliner Delegierten zu den 19 Stimmen gegen den Tarifabschluß und gegen die Verurteilung der Vorgänge in Berlin allein acht Stimmen), da die dortige Mitgliedschaft so groß ist (4845), daß zwei Verwaltungsstellen sich notwendig machen, ist ein Umstand, bei dem Herrn Moritz gar nichts einfallen. Abgesehen von der „Solidarität“ vom 9. März auseinandergelegt, welche eigenartiges Regengempe Moritz bei diesen „Feststellungen“ anwandte. Es genügt zu sagen, daß sämtliche für den Vorstand eintretenden Orte danach weniger Mitglieder haben als in Wirklichkeit, Berlin jedoch ein Erledigtes mehr. Wenn in jener Versammlung ein weiterer Redner, und zwar einer von der Moritzschen Schule, bei anderer Gelegenheit dann noch die auf dem Verbandstage vollzogene Abstimmung sans phrase als ein Unterliegen der Minderheit bewertete, woraus die richtigen Schlüsse auf Unterordnung zu ziehen eine Selbstverständlichkeit wäre, ja hat man wenigstens eine Ahnung von dem in Berlin herrschenden Zohnwahn?

Die Verhandlungen des Verbandstages selbst ergaben zunächst die bezeichnende Tatsache, daß an den langen und erregten Debatten vor dem Tarifamt am 18. Dezember die Berliner und die Münchner Vertretung sich so gut wie gar nicht beteiligte, auch das Beschlußprotokoll wurde von ihnen nicht unterzeichnet. In der anschließenden Gauleiterkonferenz erhoben diese Vertreter aber heftige Vorwürfe gegen die Organisationsleitung, die die Kollegenchaft verraten haben soll. Der Münchner Vertreter kündigte sogar seine Stellung, wogu zu bemerken ist, daß die Gauleiter und Verbandsbeamten von der Organisation direkt angestellt werden. Da nun der zustandegekommene Tarif von Berlin nicht anerkannt wurde, in einer unverbindlichen Aussprache der Berliner Vertreter mit den Prinzipalen eine Einigung nichts zu erzielen war, wurde das Tarifamt wieder angerufen. Die Prinzipale erklärten sich bereit, der von dieser Instanz zu fällenden Entscheidung sich zu fügen; die Berliner jedoch blieben dieser Verhandlung fern, hatten aber schriftlich ihre Urträge eingereicht, ohne indessen die Verbandsleitung darüber zu informieren. Diese hielt sich im Interesse ihrer Berliner Mitglieder nun für befugt, deren Vertretung selbst zu übernehmen. Sie tat das mit dem Erfolge, daß die Berliner Urträge mit zwei Ausnahmen durchgebracht wurden; eine spätere Versammlung in Berlin erklärte denn auch, daß in der Lohnfrage Beanstandungen nicht zu erheben wären. Die Berliner Gauleitung stellte sich aber trotzdem auf den Standpunkt, der Tarif gelte Berlin nichts an, der Verbandsvorstand habe kein Recht zu diesem Abschluß gehabt; man erkenne ihn nicht an, selbst wenn man sich von dieser „Gesellschaft“ (Verband) trennen müsse, wie Moritz dem Vertrauensmann einer größeren Druckerei gegenüber sagte. In einer kombinierten Vorstandssitzung mit Vertretern der Generalkommission, der Berliner Gewerkschaftskommission und den Vorständen der gewerkschaftlichen Organisationen war mit Berlin keine Verständigung zu erzielen; Moritz erklärte nur, die Gültigkeit des Tarifs müsse von der Zustimmung der Mitglieder abhängig gemacht werden. Die Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden in den Berliner Versammlungen beschimpft. Man stülpte sich auf das Gutachten eines Juristen in der Frage der Berechtigung des Abschlusses, das dieser jedoch selbst preisgab, nachdem er gewahr geworden, daß man ihn falsch informiert hatte. Eine Versammlung wollte von der Einsetzung einer unparteilichen Kommission nichts wissen, nahm sogar einen Antrag an, bis zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages keine Beiträge mehr an die Verbandskasse abzuführen. Moritz reiste dann im Lande umher, machte gegen die Verbandsleitung scharf, welchem Zweck auch das Berliner „Mitteilungsblatt“ nach Kräften diente.

Am 9. Januar lenkte Moritz jedoch in einer Sitzung der Vertrauenspersonen äußerlich ein, gab im „Mitteilungsblatt“ bekannt, daß der Tarif von den Berlinern anerkannt werden müsse und nannte als zwingenden Grund die Haltung des Deutschen Buchdruckervereins und unsrer Verbandsleitung, die er schlankeweg zu den Gegnern der Hilfsarbeiter warf!

Diesen Darlegungen der Verbandsvorsitzenden trat Moritz in einer Reply entgegen. Er war angelegentlich bemüht, den ganzen Streit nur auf die Frage zurückzuführen, ob die Leitung der Organisation zum Abschluß des Tarifs berechtigt gewesen wäre, was er natürlich verneinte. Interessant ist seine Versicherung, daß die Personale der großen Berliner Zeitungen eine Schädigung von einer schmerzhaften Zeit getroffen hätte, wie seinem ganzen Verhalten die Ironie des Widerspruchswollen aufgelegt wird durch die Äußerung, wenn man ihn die Zugehörigkeit gemacht hätte wie der Verbandsleitung, „wäre er mit beiden Weinen hineingefsprungen“ — in das Tarifverhältnis nämlich! Jedenfalls, weil ihn, und zwar aus eigenem Verschulden, gar nichts gelungen war, bekämpfte er nun denselben Tarif und alle, die für ihn eintreten. Gegen unsere Organisation erhob er von neuem den Vorwurf, sie wolle jede Bewegung des Hilfspersonals unterdrücken, was natürlich keinem Menschen einfallt. Nur den auch für uns gefährlichen Seitenprüngen von Moritz sollte eventuell begegnet werden. Das demokratische Prinzip weiß er so zu wahren, daß er eine Überstimmung durch die Provinz als Schreckgespenst an die Wand malte: ein so zustande gekommener Tarif könne für Berlin nicht gelten.

Kollege Böblin stellte Moritz wegen seiner in die Welt gelandeten Versicherung, der Verbandsvorstand der Buchdrucker sei ein Gegner der Berliner Hilfsarbeitermitgliedschaft. Die Erfahrungen hätten bewiesen, daß wohl kaum in Berlin ohne Tarif befriedigende Verhältnisse geschaffen worden wären. Es sei eine Lausrede, wenn Moritz behauptete, er habe nicht soviel Einfluß auf den Vorstand und die Lohnkommission, sie zu Verhandlungen zu bewegen. Seine sonstigen Aktionen bewiesen das Gegenteil. Der Verbandsvorstand habe das Recht, ja sogar die Pflicht, einzugreifen. Das Verhalten der Berliner schädige die Gesamtinteressen. Wenn die Hilfsarbeiter Berlins einen Konflikt provozieren, der den Bestand der Tarifgemeinschaft gefährde, dem sie entgegengetreten und für Ruhe und Ordnung in den Betrieben zu sorgen. Der Zusammenhalt mit der Provinz werde in Frage gestellt, wenn nur Berlin zu Abschließen komme und die kleinen Druckorte vernachlässigt und außer acht gelassen werden. Berlin würde dann von der Provinz überflügelt werden. Böblin mahnte noch, die Berliner sollten doch nun endlich ihre Fehler einsehen und umkehren.

Der Münchner Gauleiter Schmid meinte, der neue Tarif hätte gar keine Verbesserungen. Die zwei Verbandsvertreter (Schiede und Bucher) hätten nicht das Recht zum Tarifabschlusse gehabt. Für die Hilfsarbeiter gäbe es keine Prinzipale, die ihre Kollegen in der Provinz zum Abschluß eines Tarifs zwingen. Das müsse künftig anders werden. Er brauche noch für die Berliner ein Lanze, sie hätten keine lokalistischen Neigungen.

Bucher, Redakteur der „Solidarität“, an dem die „Kollegialität“ sich am drastischsten bekundete mit der Drohung, man werde für seine (eines Ausländers) Ausweisung sorgen, bemerkte gegenüber Schmid, daß auch die Verbandsleitung nicht unter allen Umständen einen Tarif wolle. Die Frage sei vielmehr die, wie am besten vorwärts zu kommen ist, ob zur Erzwingung gegebenenfalls auch die erforderliche Kraft vorhanden wäre. Die Berliner Ortsverwaltung habe keine Klärung gewollt, absichtlich wäre der Verbandsvorstand über ihre Stellungnahme bei den Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen in unklaren gelassen worden. Moritz sehe nun ein, sich unmöglich gemacht zu haben, deshalb müßte er so gegen die Verbandsleitung. Selbst Schmid habe sich in der „Solidarität“ scharf gegen die Forderungen von Moritz gewandt.

Berner (Stuttgart) meinte zutreffend, daß von solchen Differenzen nur die Prinzipale profitieren. Eine tariflose Zeit sei immer gefährlich, da die Mitglieder dann leicht Verschlechterungen ausgekostet wären. Frau Stiefel (Mannheim) hielt den Berlinern ebenfalls eine Strafpredigt. Der Leipziger Gauleiter Schulze stellte sich im Namen der Leipziger und sächsischen Delegierten auf den Standpunkt der Verbandsleitung. Die Absichten der Berliner seien nicht so harmlos gewesen, auf fast allen Verbandstagen hätten Berliner Einzelheiten geschädigt werden müssen. Der Mainzer Delegierte sprach ebenfalls dem Verbandsvorstande das Vertrauen aus und konstatierte, daß dieser es vermieden habe, bei dem Konflikt für sich Stimmung zu machen. Der aus Stettin schickerte die Rühmredereien von Moritz in einer dortigen Versammlung.

Fraulein Hanna (Berlin) und Bodahl (Berlin) warfen interessante Streiflichter auf die Zustände und Vorgänge in Berlin. U. a. kam dabei zur Sprache, daß am Tage vor der außerordentlichen Generalversammlung auf Kosten der Berliner Zahlstelle eine Vorkonferenz der „unverlässigen“ Delegierten stattgefunden habe, auf der schon die Unter der abzuführenden Verbandsvorstandsmitglieder verteilt wurden! Hornig (Berlin) gab die in einer Versammlung geäußerten lokalistischen Absichten eines Berliner Vertreters wieder und stellte unter Beweis, daß Moritz nach seiner sogenannten Tarifanerkennung tarifwichtige Hausverträge abgeschlossen habe.

Mit Paul Herrmann (Dresden), Schmid (München) versuchten dann Moritz, Glöck, Schulze, Frau Leste,

Dehmel, Baumgarten, Bleschmidt — sämtlich aus Berlin — das Verhalten der Opposition zu rechtfertigen, den Beschluß mit der Vertragsunterzeichnung sowie die lokalistischen Unwandelungen als harmlos oder übertrieben hinzustellen, freiteten den Rotationskonflikt, wandten sich zum Teil gegen Böblin und kritisierten auch die Schreibweise der „Solidarität“. Der Grundton ihrer Ausführungen war: der Verbandsvorstand ist an allem schuldig. Böblin (Vorsitzender der Buchbinder) vermittelte von den Berliner Vorständen, wie es hätte anders und besser gemacht werden können, und hielt der Opposition eine recht gemüßvolle Vorlesung.

Der Höhepunkt des ganzen Verbandstags bildete die Rede von Logien, der von unsern Kollegen die Nr. 9 der „Solidarität“ erlangen kann, möge dessen feingraphisch wiedergegebenen Ausführungen selbst lesen. Wichtigenfalls kommen wir darauf noch eingehender zurück. Logien sagte den Berlinern, sie hätten etwas gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung begangen, was sie nicht verantworten könnten. Der Wille zur Einigung habe bei ihnen nicht bestanden, sonst hätten sie nicht der Gewerkschafts- und der bürgerlichen Welt dieses Schauspiel geboten. Man habe sich gar nicht vor Augen gehalten, daß nach diesen Vorkommnissen die Organisation nicht mehr als tariffähig hätte angesehen werden können von den Unternehmern, und was sich daraus für Konsequenzen ergeben. Der Tarif sei rechtsverbindlich abgeschlossen und bestrebe zu Recht; auf Grund des § 26 e wäre der Verbandsvorstand auch berechtigt gewesen, zu handeln wie gefahren. Sehr beachtenswert war, was Logien zu dem Vorwurfe sagte, der Verbandsvorstand hätte den Grundgedanken der demokratischen Organisation durchbrochen: Ist die Grundlage einer demokratischen Organisation etwa so aufzufassen, daß diejenigen, die an ihrem Orte glauben stark genug zu sein, den Unternehmern mehr abzurufen als die kleinen Orte, das Recht haben, nun innerhalb der Organisation ihre Maßnahmen zu treffen? Sie sind es, die den Grundgedanken der demokratischen Organisation durchbrochen haben, indem sie sich in dieser Situation weigerten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die demokratische Organisation gibt den Mitgliedern und Beamten der Organisation nicht nur Rechte, sondern sie legt ihnen auch Pflichten auf, und diese Pflichten innerhalb der demokratischen Organisation haben Sie vernachlässigt. Sie haben Sie verstoßen, indem Sie da, wo Sie das Interesse der Berliner Mitglieder zu vertreten hatten, nicht angetreten sind. Man verläßt die Grundlagen einer demokratischen Organisation auch dadurch, daß man der Zentralleitung des Verbandes die Beiträge verweigert. Wenn der Zentralvorstand so rückwärtslos hätte handeln wollen, wie er hätte handeln können, so hätte er diesen Beschluß nur zu Recht bestehen lassen zu brauchen, hätte den Verbandstag ein halbes Jahr später einberufen können. Dann wäre die erste Abrechnung auf Grund dieses Beschlusses nicht erfolgt, und damit stand die Berliner Geschäftsstelle außerhalb des Verbandes; sie hatte sich mit diesem Beschluß außerhalb des Verbandes gestellt. Es bedürfte gar keines Ausschlusses oder sonst etwas, sie gehörte eigentlich nach diesem Beschlusse nicht mehr zur Organisation. Die Berliner Ortsverwaltung ist es, die die Pflicht, die ihren Mitgliedern als Beamten in einer demokratischen Organisation oblag, verabsäumt hat, indem sie von den Verhandlungen, die über die Lohnhöhe stattfinden sollten, fernblieb.

Das waren beherzigenswerte Worte, die gerade in Berlin die größte Beachtung hätten finden müssen. Nach dem warmen Appell der Frau Thiede und der im Schlußworte von dem Vorsitzenden des Bureaus — der Verbandsvorstand durfte bezeichnenderweise die Verhandlungen nicht leiten! — gegebenen Versicherung, die Berliner dächten an keine Wipplittierung, konnte man auch nun ein Einschwenken der Berliner erwarten. Aber die eingangs erwähnte Verammlung hat wieder alle Befürchtungen von neuem erstehen lassen.

Moritz hat schon anfangs Januar seine Stellung gekündigt und erklärte auf dem Verbandstage, diesen Schritt unter allen Umständen auch zu Ende zu führen; auch sonst gab er diese Versicherung prächtend ab. Ein Zusatz zu der in der vorigen Nummer abgedruckten Resolution, der die Erwartung aussprach, Moritz werde nun auch die Konsequenzen ziehen, wurde nur in dieser Voraussetzung fallen gelassen. Der so „ruhmvoll“ von dem Verbandstag zurückgekehrte Berliner Gauleiter denkt aber nicht daran. Er glaubt seine Berliner hinter sich zu haben. Der Verbandsvorstand hat nun in Anbetracht der Umstände, auf Grund der angenommenen Resolution und unter Bezugnahme auf den Anstellungsvertrag vom Januar 1900 mit dem Verbandsvorstande, der auch die sofortige Amtsübernahme im Falle grober Pflichtverletzung vorsieht und von Moritz durch Unterschrift anerkannt worden ist, mit Schreiben vom 27. Februar Moritz seines Amtes entsetzt unter Gewährung des Gehaltes bis Ende Mai.

Das war nun das Signal für die Verammlung am 3. März. Moritz mimte die verfolgte Unschuld und erklärte, sein Amt nur in die Hände der Berliner Mitglieder zurückzugeben, was bei der gegebenen Rechtslage aber gar nicht möglich ist. Es ging heiß her, denn die von den vier bestohlenen Berliner Beamten, die ebenfalls von der Organisation angeheftet sind, verlangte Erklärung, ob sie sich den Beschlüssen des Verbandstags fügen werden, andererseits sie gekündigt werden müßten, war nur noch Wasser auf die Moritz'sche Mühle, der denn auch ein Vertrauensvotum erhielt und bis zur Neuwahl im Amte bleiben soll, was mit einer Wiederwahl gleichbedeutend sein würde. Die vier Berliner Beamten werden von dem modernen Kaiser Moritz so beherrscht, daß sie die nach dem Ausgange des

Verbandstags erst recht selbstverständliche Erklärung nicht gaben und nun gekündigt worden sind. Wie schon erwähnt, trieb es ein Versammlungskredner (ein Berliner Angehörter namens Baumgarten) so weit, den Kollegen Böblin den Regisseur des ganzen Werks zu nennen, „der Ruhe um jeden Preis im Buchdruckgewerbe haben wollte“. Wir haben schon das Notwendige dazu in der Einleitung dieses Artikels gesagt. Moritz und sein Anhang müßten nach dieser Logik also Krieg um jeden Preis haben wollen!

Wie unwahrhaftig Moritz ist, kann man an dem kleinen Vorgang in jener Versammlung erkennen, daß er behauptete, die Verbandsvorsitzende habe bei der Resolutionsannahme mitgestimmt, sich also selbst ein Vertrauensvotum ausgestellt. Da drei Berliner Beamte seiner Seite auf dem Verbandstag in dem Konfliktfall in eigener Sache abgestimmt haben, sagte er natürlich nicht. Die Entlassung von Moritz soll, wie wir hören, noch einem Schiedsgerichte unterbreitet werden.

Es ist ein Trauerspiel! Man hätte sich u. E. diesen letzten Akt erleichtern können, wenn der Verbandstag Moritz direkt abgesetzt hätte, wie es unsere Halleische Generalversammlung 1896 im Falle Gash getan. Die Verbandsleitung hätte damit eine bessere Bedingung gehabt und den neuen Schwierigkeiten wäre die schlimmste Spitze abgebrochen. Öffentlich steigt aber doch noch in Berlin die bessere Einsicht, damit die Organisation nicht zu großen Schäden erleidet.

Der letzte Tag war einer Aussprache über den Kampf im Steinbrudergewerbe gewidmet. Frau Thiede schilderte Anfang und Ausgang dieser Bewegung, die naturgemäß das Hilfspersonal in Mitleidenschaft ziehen mußte, was in Leipzig bekanntlich auch in umfangreicher und die Hilfsarbeiter finanziell ziemlich stark engagierender Weise eingetreten ist. Im ganzen machte sich eine Ausgabe von einer Viertelmillion Mark für diese den Hilfsarbeitern aufgebürdete Aktion notwendig. Es ist dem Vorstande des Hilfsarbeiterverbandes ohne weiteres zu glauben, daß es für ihn eine sehr schwierige Situation war. Einmal waren die Hilfsarbeiter an verschiedenen Streikorten durch Tarife gebunden, dann standen sie mit dem größeren Teil ihrer Mitglieder, d. h. den in Buchdruckereien beschäftigten, vor einer alle Essentials einschließenden Tarifrevision, und obendrein hatte der Vorstand des Senefelderbundes es unterlassen, sich mit der Hilfsarbeiterorganisation zu verständigen. Das gleiche taktisch unverständliche und von der Pflege freundschaftlicher Beziehungen gar nichts merken lassende Verhalten ist ja auch unsern Verbänden gegenüber beobachtet worden. Eine Erklärung dafür zu finden, hält man so schwerer, da die Leitung der Lithographen und Steinbruder die Gründung eines graphischen Industrieverbandes als die erste Notwendigkeit bezeichnet, um allgemein-großere Erfolge zu erzielen. Das ist nicht etwa eine durch den Ausgang des letzten Kampfes gewonnene Erkenntnis; sondern dieser Standpunkt wurde von dem Vorsitzenden des Senefelderbundes auf unserer Generalversammlung in Hannover schon vertreten. Wenn man aber schon einmal diese Meinung hat — in Hannover wurde bekanntlich von unserer Seite der Zeitpunkt für einen organisatorischen Zusammenschluß als noch fernliegend bezeichnet, dafür aber für engeres Zusammenarbeiten und bessere Verständigung plädiert —, dann darf auch nicht ein schlechtes Beispiel gegeben werden, indem man nicht einmal eine gemeinsame Verständigung in einer so weittragenden Frage unter den beteiligten Organisationsvorständen herbeizuführen für notwendig hält. Wenn der Vorsitzende der Buchbinderorganisation sein Vefremden über ein solches Zusammenarbeiten der Hauptvorstände ausdrückte, so kann ihm nur beigepröcht werden.

In Leipzig hat das gefühlte Vorgehen des Senefelderbundes für die Hilfsarbeiter die größten Verwicklungen gebracht. Sie wurden, obwohl sie teils durch die Gehilfen, teils durch die Prinzipale in den Strudel mit hineingerissen wurden, was auch an andern Orten noch eintrat, nicht einmal genügend von den ersten informiert. Frau Thiede sagte, es sei nicht böser Wille gewesen; was man auch glauben muß, denn sonst wäre es ja einfach traug. Aber es hat noch andre Unfinnigkeiten gegeben und über die im Kampfe selbst eingeschlagene Taktik war man auf dieser Tagung noch zweierlei Meinung. Die Leipziger Hilfsarbeiter kamen, wie aus den Worten von Schulze hervorging, auch mit ihren Kollegen an andern Orten noch ins Gedränge; ihre Taktik wurde nicht gutgeheißen. Eine kleine Kontroverse zwischen Schulze und Sillier ließ auch erkennen, daß die Verbindung zwischen Hilfsarbeiterverband und Senefelderbund selbst lokal nicht vom besten funktionierte. In einigen andern Orten, vornehmlich ist Stuttgart zu nennen, hat die Gemeinsamkeit des Handelns wieder nichts zu wünschen übrig gelassen.

Wie Sillier, der Vorsitzende der Lithographen und Steinbruder, mitteilte, sind die Gehilfen in 60, die Hilfsarbeiter nur in 14 Städten an der Bewegung beteiligt gewesen; es seien also nicht überall die Hilfsarbeiter mit ausgeperert worden. Er erkannte die Haltung der Hilfsarbeiterorganisation als verständlich an, meinte aber dem Vorwurfe der falschen Taktik von Frau Thiede gegenüber (daß es ein Fehler gewesen wäre, nur die Schutzverbandsfirmen anzugreifen, da diese nicht allein ausgeperert hätten), gegen die Nichtschutzverbandsfirmen vorzugehen, würde ein großer Schmelzer gewesen sein. Zur Hauptpflicht habe man sich bereit erklären müssen, da das Schiedsgericht schon mehrfach Gewerkschaften zu Schadenersatz verurteilt habe. Auf seiner Seite habe man die Überzeugung, vom Orts- zum Reichstareife zu kommen. Die völlige Geschlossenheit der Gehilfen und der Hilfs-

arbeiter werde jedoch erst mit dem Industrieverbande zu erreichen sein. Wir haben das Empfinden, als ob für Sillier der Industrieverband ein Hol ist, dem er wie einem Phantom nachjagt, um dabei über das Nächstliegende zu stolpern. Wenn er dann Stoßes Unfähigkeit teat einweisen durch Kartellverträge die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens der graphischen Verbände zu schaffen, so spricht daraus wohl die Einsicht, daß der Industrieverband nicht so zu zimmern ist, wie man heutzutage Häuser in die Höhe jagt. Das Wichtigste scheint uns jedoch damit doch noch nicht erkannt zu sein, nämlich, daß eine größere Gleichmäßigkeit in den Arbeitsbedingungen und den Verhältnissen in den Organisationen selbst die unerläßliche Vorbedingung zum Industrieverband ist.

Als von allgemeinem Interesse wäre noch zu erwähnen, daß die Hilfsarbeiter nicht in allen Orten, die von der Steinbruderbewegung ergriffen wurden, ihre Mitglieder in den Kampf eintreten ließen, was ja schon aus der Differenz von 50 zu 14 hervorgeht, daß sie — diesmal in Einverständnis mit der andern Organisation — ihre Truppen vorzeitig aus dem Feuer zogen, daß dies unter den Hilfsarbeitern böses Blut erregte, namentlich in Dresden, daß der Vorsitzende der Buchbinder auch einen früheren Abbruch des Kampfes für die Steinbruder für ratsamer gehalten hätte, und daß die Hilfsarbeiter gleichfalls noch Opfer dieser Bewegung zu verzeichnen haben.

In einer mit Einstimmigkeit angenommenen Resolution wurde erklärt: „... daß es für die Zukunft nicht möglich ist, im Steinbrudergewerbe einseitig solche Bewegung vorzubereiten und durchzuführen“. Der Verbandstag sprach deshalb die Erwartung aus, daß auch der Deutsche Senefelderbund sich dieser Auffassung anschließen und in Zukunft bei geplanten Bewegungen rechtzeitig unser Verbandsvorstand informiert und ihn das Recht der Mitentscheidung und Mitteilung einräumen“. Damit wird das von uns Gesagte über das einseitige Vorgehen des Senefelderbundes unterstrichen. Die Resolution ist nicht schmeichehaft. Angesichts des doppelten Wohlwollens, der doppelten Opfer und der unerfreulichen Vorkommnisse zwischen den beiden Organisationen mußte aber ausgesprochen werden, was ist. Solche Fehler künftig zu vermeiden, werden hoffentlich die Beratungen des letzten Verhandlungstags das beste Vorbeugungsmittel werden.

Der außerordentliche Verbandstag der Hilfsarbeiter beansprucht also ein außerordentliches Interesse, wie er in jeder Beziehung den Charakter des Außerordentlichen trägt. In der Gewerkschaftsgeschichte wird er zwar nicht auf den Ruhmesseiten Aufzeichnung finden, was noch dahingehen möchte, wenn nur bald wieder alles ein normales Aussehen hätte. Das ist nun trotzdem und allem unser heißer Wunsch.

## Volkswirtschaft.

### Von der Teuerung, der volkswirtschaftlichen Statistik und den Teuerungsbekämpfen im Reichstage.

Allmählich sind wir nach den Rede- und Schriftbekämpfen vor, während und nach der hinter uns liegenden Tarifbewegung in großen und ganzen wieder in gleichen Schritt und Tritt gekommen. Allenfalls zeigt es sich wie ein leichteres Aufatmen nach Überwindung eines besonders schwierigen Gebirgspasses zum Höhenwege, der uns als Arbeiter einer besseren Zukunft entgegenführen soll. Da gilt es nun, von neuem prüfend umschau zu halten und uns darüber klar zu werden, wie wir mit unserer neuen tariflichen materiellen Ausrüstung imstande sind, den Kampf ums Dasein als Zeitgenossen eines großen Volks durchzuführen. Da finden wir denn, daß wohl unsere Lage etwas freier geworden ist; aber gleichzeitig geht uns auch der Gedanke durch den Kopf, wie man früher, vor zehn oder gar vor zwanzig Jahren, viel besser dagesunden hätte, wenn damals das klingende Ergebnis unserer beruflichen Tagesarbeit im allgemeinen ein solches gewesen wäre wie heute. Aus diesem Gedankengange, dem sich wohl nur wenige unser Leser verschließen werden, ergibt sich das unwillkürliche Anerkenntnis wesentlicher Fortschritte auf gewerblicher Gebiet als der Frucht zielbewusster Organisationsarbeit. Die Rückseite der Medaille zeigt uns aber auch um so fühlbarer die zunehmende Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Konstellation. Diese Erkenntnis führt uns wieder auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik.

Und mit der übergroßen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung fühlen wir um so drückender, daß wir wohl mehr Mühe in die Hand bekommen, aber weniger dafür kaufen können und obendrein in den meisten Fällen noch intensiver dafür arbeiten müssen als in früherer Zeit. Woran das liegt, haben wir schon oft und ausführlich an dieser Stelle von verschiedenen Gesichtspunkten aus besprochen. In diesen Ursachen hat sich in letzter Zeit nichts geändert. Sie wirken in alter Schärfe fort, werden von Tag zu Tag fühlbarer. Das zeigt am deutlichsten ein Vergleich, den kürzlich das „Berliner Tageblatt“ durch Gegenüberstellung der Großhandelspreise für die wichtigsten Lebensmittel vom Februar des Vorjahres gegen die des gleichen Monats in diesem Jahr ermöglichte. Daraus ergibt sich eine Verteuerung um insgesamt 15 Proz. Aber auch unsere sonstigen statistischen Quellen zeigen keine Besserung der Teuerungsvhältnisse, sondern ein noch stärkeres Anziehen der Lebensmittelpreise. So weisen die Zusammenstellungen des wirtschaftsstatistischen Bureaus von Richard Calwer für den ersten Monat dieses Jahres, für den Januar, abermals eine Steigerung der Reichsindexziffer auf, und zwar von 24,60 Mk. auf 24,68 Mk.

Der Mangel einer einheitlichen Reichsstatistik über die Gestaltung der Warenpreise für den allgemeinen Lebensbedarf bindet die Stellungnahme zu volkswirtschaftlichen Fragen noch auf lange Zeit hinaus an Erhebungen, die keinen offiziellen Charakter haben, sondern lediglich dem eignen Ertriebe bekannter Volkswirtschaftler entspringen. Auf diesem Gebiete hat es sich erwiesen, daß die „Monatlichen Überblicke über Lebensmittelpreise“ und die „Wochenblätter für Kapital und Arbeit, Die Konjunktur“, die beide von Richard Calmer herausgegeben werden, noch am zuverlässigsten sind. Alle Angaben und Berechnungen Calmers kommen auf äußerst objektiven und eher zu vorsichtig als zu leicht genommene Grundbasierten zustande. Wir haben darum auch noch keine Veranlassung gehabt, irgendwelche Schlussfolgerungen, die wir bis jetzt schon an die Ergebnisse seiner statistischen Feststellungen geknüpft haben, zu korrigieren. Im großen und ganzen fanden wir die hauptsächlichsten Punkte lange nachher stets durch amtliche Erhebungen bestätigt.

Diese Erfahrungen bestärken uns in dem Entschlusse, so lange keine ebenbürtige oder zuverlässigere amtliche Statistik zur Verfügung steht, für unsere volkswirtschaftlichen Arbeiten das Calmer'sche Material nach Möglichkeit auch in Zukunft zu verwenden. Dadurch wird in der Lage, fortlaufend in einheitlicher Weise die Entwicklung der Lebensmittelpreise und auch sonst die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens an der Hand eines systematisch gesuchten Beobachters verfolgen zu können. In erster Linie trifft dies auf die sogenannte Indexziffer für die jeweiligen Lebensmittelpreise zu. Die Methode und Durchführung der hierfür maßgebenden Statistik soll nachfolgend kurz erläutert werden.

Zunächst stützt sich das betreffende statistische Bureau auf amtliche Angaben der Detailpreise, wie sie durch die statistischen Ämter oder durch die Polizeiverwaltungen bekanntgegeben werden. Sodann kommen die Preisnotierungen der Marktstellen in Frage, im weiteren Preise von Konsumvereinen, Marktämtern usw. Für Orte, an denen amtliche Notierungen entweder fehlen oder unbrauchbar sind, werden die Preise durch direkte Erhebung in Ladengeschäften mit vorwiegender Arbeiterkundschaft festgestellt. Da jedoch die Darstellung der bloßen Preisangabe nicht genügt, um die wirkliche Höhe des Preisniveaus zu erkennen, so werden zur Feststellung der Indexziffer bestimmte Maßungsmittelrationen zum Ausgangspunkt genommen. In erster Linie kommt die Verpflegungsration für einen deutschen Marinefeldaten in Betracht. Diese erfordert für eine Woche folgende Mengen:

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 " Schweinefleisch	5250 " Brot
800 " Hammelfleisch	455 " Butter
150 " Reis	340 " Zucker
300 " Bohnen	106 " Salz
300 " Erbsen	105 " Kaffee
500 " Weizenmehl	21 " Tee
200 " Wadpflaumen	0,11 Liter Essig.

Die so gebundenen Kosten für die Verpflegungsration bilden aber noch nicht die gesuchte Indexziffer. Diese wird durch die dreifache Berechnung der Marinefeldatenration als ausreichend für eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und zwei Kinder) ermittelt. Da bisher alle Veruche, einen Gesamtdurchschnitt der Verpflegungsration eines Arbeiters festzustellen, vergeblich waren, so bleibt der vorstehend geschilderte Ausweg durch Veranschlagung der Verpflegungsration eines Marinefeldaten das einzige feste Weisse für eine einheitliche Statistik über die Lebensmittelpreise. Es ist also zu beachten, daß überall, wo wir bisher und in Zukunft von einer Indexziffer der Lebensmittelpreise sprechen, der Preis für die dreifache Verpflegungsration eines deutschen Marinefeldaten zu verstehen ist.

In diesem Sinne berechnet sich die Indexziffer im Jahresdurchschnitt für 1911 für das ganze Reich auf 24,18 Mt., und zwar im Januar 1911 auf 23,50 Mt. und im Dezember auf 24,60 Mt., während sie im Januar dieses Jahres mit 24,69 Mt. einzusehen ist. Die zehn teuersten Städte waren im Januar 1912: die lothringische Hauptstadt Metz mit 28,02 Mt., Köln mit 27,69 Mt., Karlsruhe mit 27,45 Mt., Magdeburg mit 26,58 Mt., Jena mit 26,28 Mt., Worms mit 26,01 Mt., Breslau mit 25,80 Mt., Bernburg mit 25,44 Mt., Oldenburg mit 25,11 Mt. und Posen mit 24,78 Mt. im Vergleiche zu ihrem Bundesstaate bzw. zu ihrer Provinz. Über dem Reichsdurchschnitt figurierten demnach der Reihe nach die Landestheile Elsaß-Lothringen, Baden, Rheinland, Provinz Sachsen, Hessen, Anhalt, Oldenburg, Schlesien, Thüringische Staaten und Posen. Gegen den Januar 1911 beträgt die Steigerung der Reichsindexziffer 1,18 Mt. oder 5,02 Proz.

Noch auffällender zeigt sich der Aufstieg der Lebensmittelpreise aus einer Zusammenstellung des Warenpreisniveaus ab 1895 bis 1911 einschließlich, also für den Zeitraum der letzten 17 Jahre, wie sie in einem der letzten Hefte der Wochenchrift „Die Konjunktur“ gegeben wird. Die diesbezügliche Berechnung stützt sich auf eine Verbrauchsseinheit von 100 Tonnen der wichtigsten Waren aus dem tatsächlichen Jahreskonsum, wobei jede einzelne Ware mit dem ihr nach vielfähriger Erfahrung zukommenden Prozentsatz für den Durchschnittsbedarf eingestellt ist. Nach dieser statistisch einwandfreien Methode berechnete sich der Jahrespreis für eine solche 100-Tonnen-einheit für die einzelnen Jahre in Mark wie folgt:

1895: 4618	1898: 5162	1901: 5281
1896: 4606	1899: 4995	1902: 5166
1897: 4914	1900: 5334	1903: 5168

1904: 5354	1907: 5868	1910: 5814
1905: 5665	1908: 5887	1911: 5971
1906: 5662	1909: 5913	

Demnach ist seit dem Jahre 1895 eine Steigerung der Preise für die wichtigsten Waren um 29,3 Proz. eingetreten. Besonders auffallend ist die Preissteigerung in den einzelnen Monaten des Jahres 1911, sie ergibt nach der gleichen Berechnung für

Januar	Februar	März	April	Mat	Juni
5760	5717	5726	5767	5832	5888
Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
5925	5895	6290	6210	6210	6429

Eine bedeutende Erhöhung der Preise ist besonders für die vegetabilischen Nahrungsmittel zu verzeichnen. In den letzten vier Jahren ergaben sich nach der gleichen Berechnungsmethode folgende Ziffern:

	im Dezember 1908	1909	1910	1911
Weizen . . .	686	732	672	672
Roggen . . .	882	870	773	967
Kartoffeln . .	501	487	487	920
Reis . . .	20	18	20	24

Für die animalischen Lebensmittel:

	im Dezember 1908	1909	1910	1911
Schweine . . .	996	960	849	804
Rinder . . .	747	773	840	875
Kälber . . .	163	167	179	187
Hamme . . .	53	58	63	60

Je nach ihrem prozentualen Anteile bei der 100-Tonnen-einheit kamen auf die einzelnen Genußmittel folgende Summen:

	im Dezember 1908	1909	1910	1911
Kaffee . . .	78	84	125	165
Zucker . . .	100	125	90	208
Tabak . . .	60	60	69	78

Für die wichtigsten Roh- und Betriebsstoffe berechnet „Die Konjunktur“ nach der 100-Tonnen-einheit:

	im Dezember 1908	1909	1910	1911
Steinohle . . .	729	697	697	680
Roheisen . . .	280	280	280	318
Baumwolle . . .	209	347	352	218

Der Vollständigkeit halber wollen wir hier auch noch ein kleines Spezialkapitel über die Kartoffelsteuerung einfügen. Denn die Kartoffelsteuerung wird von der minderbemittelten Bevölkerung nicht weniger brüden als die Brotsteuerung empfunden. Die Preise, die in der letzten Zeit für Kartoffeln gezahlt werden mußten, waren so hoch, wie man sie seit vielen Jahren nicht gekannt hatte. Nach den von der Berliner Kaufmannschaft angestellten Ermittlungen über die Großhandelspreise verschiedener Nahrungsmittel kosteten in Berlin im Durchschnitt des Jahres 1911 die Kartoffeln — und zwar gute, gesunde, frühreife Speisekartoffeln, exklusive Sack, ohne Spesen, netto Kasse, ab Bahn — 100 Kilogramm 5,97 Mt., während der Durchschnittspreis im Jahre 1910 nur 4,07 Mt. betragen hatte. Für 1910 war der Kartoffelpreis allerdings ungewöhnlich niedrig, aber ein Rückblick auf die beiden letzten Jahrzehnte ergibt, daß ein so hoher Preis wie in 1911 seit 20 Jahren nicht gezahlt worden ist. In den zehn Jahren 1901—1910 war der Durchschnittspreis pro 100 Kilogramm Kartoffeln (immer nach den Ermittlungen der Berliner Kaufmannschaft und für die oben angegebene Qualität) nur 3,92 Mt., 3,86 Mt., 4,49 Mt., 5,56 Mt., 5,34 Mt., 3,46 Mt., 5,31 Mt., 5,40 Mt., 4,99 Mt., 4,07 Mt. Das Jahr 1911, in dem der Durchschnittspreis, wie schon gesagt, plötzlich auf 5,97 Mt. einporrschnellte, brachte besonders in den Herbst- und Wintermonaten eine sehr sühbare Preissteigerung. Der Monatsdurchschnitt war von Januar bis Juni 4,50 Mt., 4,67 Mt., 4,58 Mt., 5 Mt., 4,75 Mt., 5,67 Mt. und sodann von August bis Dezember 8 Mt., 6,67 Mt., 6,83 Mt., 7 Mt., 8 Mt. (Für Juli ist kein Preis notiert, weil in diesem Monate der Kartoffelmarkt fast nur mit neuen Kartoffeln zu ungewöhnlichen Preisen besetzt wird.) Aus dem Jahre 1912 sind die Ergebnisse der Preisermittlungen erst für Januar durch die Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amtes bekanntgegeben worden. Im Januar 1912 stieg der Durchschnittspreis weiter auf 9,10 Mt., das ist reichlich das Doppelte des für den vorjährigen Januar ermittelten Preises. In vielköpfigen Arbeiterfamilien, wo die Kartoffel den Speisezettel beherrscht, hat im vergangenen Winter die fortschreitende Verteuerung geradezu panikartig gewirkt.

In Ansehung dieser höchst ungelunden Zustände auf dem Lebensmittelmarte war es daher auch ein ernstes Gebot der Notwendigkeit, an maßgebender Stelle, im deutschen Reichstag, alsbald nach seinem Zusammentritte diese Magenfrage aufzurollen und auf möglichste Abhilfe bedacht zu sein. Bevor wir jedoch näher darauf eingehen, wollen wir unsern Lesern zur Abwechslung noch von einem andern „Rezept“ gegen den fast unenträglichem Druck der Steuerung Kenntnis geben. Es kommt von jener Seite, deren Söbildung sich in letzter Zeit die Finger wundschreiben, um uns darzulegen, daß wir durch unsere konsequenten Schritte auf die Ursachen der Steuerung und die für sie in erster Linie verantwortlichen zu machenden Kräfte und Parteien die gewerkschaftliche Neutralität verletzen. Das Rezept befindet sich in diesjährigen Januarhefte des „Christlichen Kinderkreuzes“, einer österreichischen „Zeitschrift zur Förderung christlicher Erziehung und Rettung der Jugend“, und zwar steht da auf Seite 20 zu lesen:

„Alle Welt klagt über teures Fleisch — nur wir Benediktiner vom katholischen Vereine der Kinderfreunde regen uns gar nicht darüber auf; wir spüren nämlich von der ganzen Steuerung nichts. Wieso? Ganz einfach: Wir essen kein Fleisch. Die Welt ist nicht nur zu viel

Fleisch, sie ist überhaupt zu viel. Wenn statt vierzig-tägiger Fastenzeit 365-tägige wäre — es stünde unendlich besser um die Welt. . . . Der heilige Ifratus, der im Jahre 300 starb, genoß täglich nur ein Stück Brot nach Sonnenuntergang. Im das Jahr 371 lebte St. Hilarian sechs Jahre lang von täglich fünfzehn Feigen und drei Jahre von trockenem Brot. Eine ganze Reihe solcher Hungertüskler lebte von Wasser und Brot, andre von Brot und Kräutern; der heilige Karl Borromäus begnügte sich mit Schwarzbrot und Kastanien. . . . Der „Kinderfreund“-Beser hat diese Beispiele dem ausgezeichneten Wächlein: „Die Kunst, mit sechzig Heller täglich auskömmlich zu leben“ entnommen. Beser, kauf es! Probieren geht über studieren!“ Gewiß geht probieren über studieren; aber zur Empfehlung einer solchen Lebensweise vermögen wir uns nicht aufzuschwingen, rühtmalen wir noch aus unster Schulzeit wissen, daß die richtigen Benediktiner, samt Ifratus, St. Hilarian und Karl Borromäus eine solche Anpreisung ihrer Lebensweise in heutiger Zeit unter völlig veränderten Lebens- und Erwerbsverhältnissen ganz anders beurteilen würden als die heutigen Schriftgelehrten von Gladbachs Gnaden. Sie würden sicherlich die ganze Sippschaft zum Tempel hinausjagen. Für uns mag dieses Rezept eines christlichen Verlags lediglich als Beweis dafür dienen, wie die modernen „christlich-neutralen“ Moralhelden selbst die verstaubtesten Winkel der Religionsgeschichte mißbrauchen, um daraus schillernde Gewänder für ihre volkswirtschaftlichen Tiertänzer zu entnehmen. Schwamm darüber!

Im deutschen Reichstage wurde das Thema im allgemeinen von einer andern Warte aus beleuchtet. Wenn dabei auch die Kollegen der vorerwähnten christlichen Rezeptfabrikanten, die Mannen Wiesberts und Herold, so talen, als ob durch Aufrollung der Steuerungsfragen im deutschen Reichsparlament unnötig viel Staub aufgewirbelt und doch keine Besserung erzielt werden würde. Die beiden verrieten dadurch nur ihr schlechtes Gewissen und ihre stillen Wünsche als Agrariertrabanten. Um so erschröckender legten sich dafür andre Volksvertreter ins Zeug, als es sich am 21. Februar d. J. darum handelte, die Steuerungsinterpellationen der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei zu begründen und mit ihrer Hilfe die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs zu einer vernünftigeren Beeinflussung des deutschen Wirtschaftslebens zu veranlassen. Durch die beiden Interpellationen wurde die zeitweilige Aufhebung des Zolls auf Mais und Futtermittel sowie die Aufhebung des ab 15. Februar wieder zur Geltung kommenden Kartoffelzolls gefordert. Die erste Forderung lag also im Interesse der Landwirtschaft und die zweite in dem her auf den Kartoffelkonsum in erster Linie angewiesenen Bevölkerung. Mit diesem Kartoffelzolle hat es seine eigene Bewandnis. Die Kartoffel gehört nämlich nach dem Zolltarif zu den weniger Waren, die in Deutschland je nach der Jahreszeit der Einfuhr einer unterschiedlichen Zollbehandlung ausgesetzt sind. Bis zum 1. März 1906 war die Einfuhr der Kartoffel überhaupt zollfrei. Seit diesem Termine ruht aber auf ihrer Einfuhr in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli jedes Jahres ein Zoll von 1 Mt. für den Doppelzentner. In den Kreisen des Kartoffelhandels ist nun die Forderung erhoben worden, daß die Regierung bis zur neuen Ernte auf die Erhebung des Kartoffelzolls verzichte, und mehrere Handelskammern haben sich hier — auch im Interesse der Konsumenten — angeschlossen. Bei der Höhe, die die Kartoffelpreise bereits erreicht haben, ist jede Verschwerung der Kartoffeleinfuhr, die allein in den Monaten Oktober bis Dezember v. J. 4829843 gegen 3106520 Tonnen im Jahre 1910 betragen hat, unbedingt zu verwerfen. Es steht aber nicht im Belieben der Regierung, ob sie den Kartoffelzoll innerwärts der frägligen Zeit erheben will oder nicht. Darüber hat der Reichstag zu entscheiden, wozu nun die schon erwähnten Interpellationen Gelegenheit geben sollten. Für jene der Fortschrittlichen Volkspartei trat als erster der Abgeordnete Dr. Wendorf in die Schranken. Er betonte, daß es ihm zwar fern liege, eine ausgedehnte Steuerungsdebatte herozuzurufen, aber es müßte darauf hingewiesen werden, daß die hohen Kartoffelpreise nur ein Glied in der ganzen Kette seien. Selbst der Schatzsekretär habe ausgeführt, daß beim Heer ein Mehr von 15 Millionen Mark für die Naturalverpflegung vorgesehen worden sei, weil die Preise besonders hoch sind. Der Zusammenhang der Lebensmittelerzeugung mit der Reichsfinanzreform sei nicht zu bestreiten. 300 Millionen der neuen Steuern fallen auf die Verbrauchssteuern. Das sei eine Mehrbelastung von 4,60 Mt. pro Kopf der Bevölkerung. Auf die Kartoffelpreise übergehend, hob er hervor, daß die Steigerung der Kartoffelpreise eine Verteuerung der Produktion für die Landwirtschaft darstelle, da auch sie in größerem Maße Käufer als Verkäufer der Kartoffeln sei. Eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle begründete dieser Redner gleichfalls sehr treffend mit Argumenten von Landwirten selbst. Ihm folgte der sozialdemokratische Abgeordnete Bod zur Begründung der gleichlautenden Interpellation seiner Fraktion. Er stellte fest, daß der Kartoffelzoll seinerzeit sogar gegen den Willen des Reichstanzlers Willow vom Reichstage durchgedrückt worden sei. Dabei gäbe es im Deutschen Reich große Distrikte, in denen die Bevölkerung fast nur von Kartoffeln lebt. Für diese sei der Kartoffelzoll geradezu ein Unheil. Für 20 Millionen Menschen in Deutschland, die ein Jahresertrömmen von weniger als 900 Mt. haben, sei die Kartoffel die hauptsächlichste Nahrung. Hilfenreiche und Gemüße könnten sie kaum bezahlen. Die Behauptung, daß auch die Löhne entsprechend gestiegen

seien, treffe nicht zu. An der Hand der Berufsgeoffenen-  
schaftsstatistik wies Koch nach, daß in den letzten drei  
Jahren die Löhne im allgemeinen nur um 3,65 Proz.,  
dagegen die Nahrungsmittelpreise um 20 bis 25 Proz.  
gestiegen sind. Wohl stehe die Kartoffel an Nähr-  
wert dem Reis der Chinesen und Japaner bedeutend  
nach. Aber in China und Japan hätten die Regie-  
rungen wenigstens ein Ausfuhrverbot für diese Volks-  
nahrung erlassen. Bei uns komme man in solchen Fragen  
aus dem Zustande der Erwidigung nicht heraus. In  
England entfalle auf den Kopf der Bevölkerung ein Kar-  
toffelverbrauch von 114 Kilogramm pro Jahr, in Frank-  
reich 134, in Österreich 248, in Deutschland aber 605  
Kilogramm! Trotzdem bringen es die Agrarier noch  
fertig, in diesem Jahre 2 1/2 Millionen Kilogramm Kar-  
toffeln auszuführen. Der preußische Staat lasse wohl seine  
Angehörigen unter 900 M. Jahresertragssteuer frei,  
aber dafür überläßt er sie den Agrariern, die ihnen um  
so gründlicher die Taschen leeren. Die zeitweilige Auf-  
hebung des Kartoffelzolls genüge daher keineswegs,  
dieser sollte als der ungerechteste aller Zölle für immer  
beseitigt werden. Für die Regierung beantwortete Staats-  
sekretär Dr. Delbrück die Interpellationen. Er bezeich-  
nete eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle als  
grundsätzlich bedenklich und erfolglos und lehnte sie ab.  
Für ihn bestand keine allgemeine steigende Tendenz der  
Kartoffelpreise und noch weniger ließe er eine Preisnot  
gelten. Trotzdem hätten die beteiligten Ressorts beim  
Bundesrat vorge schlagen, für die ausländischen Kar-  
toffeln vorjähriger Ernte den Zoll bis zum 30. April zu  
fixieren. Das dürfe aber unter keinen Umständen als  
Durchführung des Zolltarifs betrachtet werden. Die  
anschließende Besprechung bewegte sich im gleichen  
Rahmen. Die Zentrumsabgeordneten Herold und Wies-  
berts leisteten sich große Einseitigkeit und Unberück-  
sichtigung, begrüßten die Absichten der Regierung in Sachen  
des Kartoffelzolls, glaubten aber an keinen Erfolg bezüg-  
lich eines Preisrückgangs. Der konservative Anstalt be-  
zeichnete das Vorgehen nach den Vorschlägen der Inter-  
pellationen als Begünstigung der Nachfrager und weiterer  
Preissteigerung. Diesen und einige andre Hochschützler  
nahmen der Sozialdemokrat Untrieb und der Volks-  
partei der Fregat am zweiten Tage der Steuerungsdebatte  
sehr scharf aus. Weide entrollten in großen Zügen  
den Standpunkt ihrer Parteien zu dem ganzen Schutzoll-  
system und wiesen nach, daß die ganze Schutzollpolitik  
zu einer ungeheuren Verteuerung aller Lebensgenuss-  
mittel und zu einer Bereicherung der Großgrundbesitzer  
und der reichen Bauern auf Kosten der kleinen Land-  
wirte, der Handwerker und der Arbeiterklasse führt.  
Trotzdem war das Ergebnis der zweitägigen Reden-  
schlacht gleich Null. „Und wenn man sich den Ausgang  
dieser Interpellationsdebatten richtig überlegt, so über-  
zeugt einen das bittere Gefühl, daß der heutige  
Wirtschaftsstand als die selbstgenüßliche Vertiefung eines nicht-  
tägigen Millionenwollens, daß sich durch seiner Hände Arbeit  
in der ganzen Welt eine achtunggebietende Stelle er-  
worben hat, auf parlamentarischen Boden beinahe ohn-  
mächtig ist wie ein kleines Kind. Denn wohl zeigten die  
Notstandsdebatten, daß die Vertreter der großen Mehrheit  
der deutschen Reichstagswähler mit der gegenwärtigen  
Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in keiner Weise  
einverstanden sind, und doch bleibt alles beim alten!  
Wie lange noch?

## Korrespondenzen.

**snk. Berlin.** (Korrespondenzen.) Die Versamm-  
lung am 3. März nahm von der betrieblichen Tatsache  
Kenntnis, daß der Kollege Paul Gähel im Alter von  
29 Jahren nach nur dreitägigem Krankenlager gestorben  
ist. Ein Vortrag des Kollegen Hülmann: „Die Betonung  
der Fremdwörter“, bildete den Hauptgegenstand  
der Tagesordnung. Der Referent gab als Ergebnis  
seiner Ausführungen folgenden Satz: Bestimmte Regeln  
über die Betonung der Fremdwörter lassen sich nicht  
immer geben; man halte sich an das lateinische Be-  
tonungsgeß (vorleste Silbe) eventuell auch an die  
französische Betonungsweise (letzte Silbe). Ersteres sei  
vorzugswürdig. Er führte hierzu auch mehrere Beispiele an.  
Man danke dem Redner durch reichen Beifall für den  
belehrenden und interessanten Vortrag. Es wurde dann  
u. a. bekanntgegeben, daß Dr. phil. Walter Meßl, der  
jetzt in Konstantinopel weilt, im Juni nach Berlin kommt  
und uns wieder einen Vortrag halten wird; ferner, daß  
in der nächsten Versammlung am Samstag (5. April) statt-  
findenden nächsten Versammlung Kollege Gumpalk ein Re-  
ferat halten wird über Würfe. Zwei Kollegen wurden auf-  
genommen, zwei meldeten sich neu. — Am 10. März  
(Sonntag) findet eine Fahrt nach Offen statt zu der dort  
vom Maschinenmeisterverein arrangierten Druckfachs-  
ausstellung. Hierzu werden die Kollegen um zahlreiche  
Beteiligung mit Damen ersucht. Es ist für den Nach-  
mittag mit Jossener Kollegen eine Versammlung ge-  
plant, in der der Vorsitzende der Zentralkommission,  
Kollege Oberländer, von der Bewegung der Sparten sprechen  
wird. Abfahrt früh 10 Uhr 10 Minuten von Anhalter  
Bahnhofe (Fernzug).

**K. Bezirk Offen.** Unfre am 25. Februar in Gelsen-  
kirchen abgehaltene erste diesjährige Bezirksversamm-  
lung wies leider wieder einen recht mangelhaften Be-  
such auf, was den Vorsitzenden zu einer scharfen Rüge  
an die Adresse der Fehlgenden veranlaßte. Der schlechte  
Besuch war um so bedauerlicher, als außer interessanten  
Tariffragen auch ein Vortrag unseres Gauvorsitzers zur  
Tagesordnung stand. Anwesend waren aus Offen 80,  
Gelsenkirchen 31, Wattencheid 7, Quer 6 sowie 2 Kol-

legen als Gäste. In seinem Überblick über das ver-  
lossene Jahr konnte der Vorsitzende konstatieren, daß  
trotz sehr beschränkter Entwicklungsmöglichkeit und trotz  
der Austritte der 13 „Männer“, denen allzu heftig  
das „christlich-nationale“ Gewissen schlug, der Bezirk  
weitere erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Wegen 652  
Mitglieder im Vorjahre vorgezeichneten wir deren 674 an-  
fangs 1912. Jedenfalls ein Zeichen normaler Entwick-  
lung, der auch ein mit geistlicher und arbeiterfretlicher  
Hilfe gesunder Scheinerfolg christlich-nationaler Be-  
deutsamkeit keinen Abbruch zu tun vermag. Der  
anschließende Bericht über die Tarifverhandlung bezeich-  
nete nur einige kleine Differenzen, die inzwischen behoben  
sind, behauptete aber lebhaft das geringe Entgegenkommen  
einiger weniger Prinzipale, die den Vorschlägen des  
Deutschen Buchdruckervereins bezüglich der über die Drei-  
Markt-Grenze Entlohnungen gar nicht oder nur unvollkommen  
gefolgt sind. Nach Genehmigung des Massenberichts sprach  
Kollege Albrecht in einvernehmlichem Einverständnis  
Vortrag über das Thema: „Rückblick und Ausblick“.  
Redner legte die an Vertretungen der Scharfmacher gegen  
die Tarifgemeinschaft sowie gewisse Erscheinungen in  
manchen Kreisen des Prinzipalslagers die kritische  
Sonde und kennzeichnete treffend das Bemühen des  
Gutenbergbundes, mit dem demagogischen Kniffe reli-  
giöser Verhüllung seine hoffnungslose Stagnation zu be-  
heben. Mit einem warmen Appell auf tatkräftiger Weiter-  
arbeit schloß Redner unter anhaltendem Beifall seine  
Ausführungen. Kollege Bodmühl gab dann einen Be-  
richt über die Tätigkeit des Schiedsgerichts im ver-  
loffenen Jahre. Besonders interessierte eine die Firma  
Reismann-Gronne betreffende Klage auf Erfüllung  
eines angeblich abgeschlossenen Engagements, das sich  
wegen Zugehörigkeit des Klägers zum Verbande der  
Deutschen Buchdrucker in letzter Stunde wieder zer-  
schlagen haben sollte. Die Klage mußte aber wegen nicht  
bindigen Nachweises des perfekten Engagements ab-  
gewiesen werden. Anschließend an die Erörterung dieses  
Falls gab der Referent im Einverständnis mit der Be-  
zirks- und Gauleitung bezüglich unsres fernern Verhaltens  
zu der bisher verbandsfremd gespernten Firma Reis-  
mann-Gronne folgende Erklärung ab: „Da im § 11 Abs. 2  
bestimmt ist, daß die Kondition und deren Dauer von  
der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organi-  
sation oder Kasse nicht abhängig gemacht werden darf,  
sieht sich der Verband als tariffreie Organisation veran-  
laßt, seinen Mitgliedern den Eintritt bei der Firma  
Reismann-Gronne in Offen zu gestatten. Die genannte  
Firma gehört auch nach Inkrafttreten dieser tariflichen  
Bestimmung noch der Tarifgemeinschaft an und hat durch  
ihre Verbleiben in derselben zum Ausdruck gebracht, daß  
sie die Bestimmung des § 10 Abs. 2 zu respektieren ge-  
willt ist, aus welchem Grund eine Nichterhaltung der  
Sperrung nicht mehr zu rechtfertigen wäre.“ Für die künftige  
Tätigkeit der Firma Reismann-Gronne eintretenden Kollegen  
mag noch darauf hingewiesen werden, daß ein Zwang  
zum Beitritte zu den bestehenden diversen Hausstellen ge-  
mäß der tariflichen Bestimmung nicht ausgeübt werden  
kann. Ausgenommen davon bleibt die Betriebskrank-  
kasse. Eine rege Diskussion riefen dann noch die neuen  
Auslegungen und Entschreibungen strittiger Tarifbestim-  
mungen seitens des Tarifamts hervor, woran sich ein  
lebhaftes Frage- und Antwortspiel über die verschiedensten  
Tarifpositionen schloß. Mit der Mahnung des Vor-  
sitzenden zu stets einigem, solidarischem Handeln und  
kollegialem Zusammenhalte fand die anregende Versamm-  
lung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband einen  
harmonischen Ausklang.

**Bezirk Frankfurt a. M.** Unfre diesjährige Haupt-  
versammlung fand am 25. Februar statt; sie war gut  
besucht. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mit-  
teilungen wurden nochmals die durch den „Korr.“ be-  
kannten, inzwischen beigelegten Differenzen im hiesigen  
„Generalanzeiger“ ausgerollt. Die Kollegen Bachhaus  
und Salomon halten die von ihnen im „Korr.“ ge-  
brachte Erklärung voll und ganz aufrecht. Ersterer ver-  
wahrte sich gegen den schulmeisterlichen Ton der „Korr.“-  
Redaktion ihm gegenüber, der auch bezüglich der Notiz  
in den „Mittelungen“ über die Lithographen und Stein-  
drucker zum Ausdruck gekommen, die ganz falsch von  
der Redaktion ausgelegt worden sei. Es scheint, als  
ob gegen alles, was von Frankfurt kommt, eine Anti-  
mosität herrsche. Kollege Porten vertrat den Stand-  
punkt, es sei richtiger gewesen, zu versuchen, die Un-  
gelegenheit durch das Schiedsgericht zu schlichten, bevor  
man an die Öffentlichkeit ging. In den Verband auf-  
genommen wurden zehn Kollegen. Hierauf machte der  
Vorsitzende noch einige kurze Ausführungen zu dem  
gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Er bemängelte, daß  
unfre Bibliothek so wenig von den Kollegen benutzt  
werde; es sei fast bedenklich, für dieselbe noch Ausgaben  
zu machen. In der Diskussion war man im allgemeinen  
mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden, doch  
wurden denselben verschiedene Anregungen zur Belebung  
des Vereinslebens mit auf den Weg gegeben. Nachdem  
noch die Gehaltsbegrie des besoldeten Vorsitzenden neu-  
geordnet und die Numerationen festgesetzt waren, wurde  
die Versammlung auf den 10. März vertagt.

Anmerkung der Redaktion: Der schulmeisterliche  
Ton, den wir angeblich angeschlagen haben, bestand be-  
kanntlich darin, daß wir in der Hauptsache einen Passus  
aus dem „Mitgeber für Verbandsfunktionäre“ dem Frank-  
furter Vorstand in die Erinnerung riefen, um sich in  
Zukunft besser danach zu richten. Tritt diese Besserung  
ein, dann bessern wir uns auch mit unserm „schulmeister-  
lichen Ton“. Daß wir jene Notiz in den Frankfurter  
„Mittelungen“ falsch ausgelegt haben, ist nicht unfre

Schuld. Bei uns herrscht keinerlei Antimosität gegen  
alles, was aus Frankfurt kommt, sondern wir sind im  
Gegenteil für gute Nachrichten und Berichte von dort  
sehr empfänglich. Wenn dafür gefordert wird, daß dieser  
Fall öfter eintritt, solches Gefühl aber wie leghin unter-  
bleibt, dann soll das uns nur angenehm sein.

**Görlik.** Unfrelich des 70. Geburtstages des Senior-  
chefs der Buchdruckerei Hoffmann & Meißer erhielt das  
Personal einen halben Wochenlohn an Stelle einer be-  
sonderen Feier ausgezahlt.

**Landau (Pfalz).** Die Firma C. Just Söhne, Ge-  
schäftsbüchsefabrik in Kandell, erklärte kurz vor Ablauf  
der letzten Tarifperiode ihren Austritt aus der Tarif-  
gemeinschaft. Die vom Gau- und vom Bezirksvorstande  
geführten Verhandlungen mit der Firma betreffs Zurück-  
nahme ihres Entschlusses scheiterten. Die plötzliche Ent-  
lassung zweier Kollegen und der Umstand, daß seitens  
der Firma den übrigen Kollegen der Beitritt zur Prin-  
zipalskaffe und zum Gutenbergbunde warm empfohlen  
wurde, erforderte sofortiges Vorgehen. (Rückblick.) Eine  
im Augenblicke dieser wohlmeinenden Ratsschlüsse bereits  
tarifunfreie Firma versucht ihre Gehilfen zum Weichen  
zu überreden, indem sie ihnen warm den Beitritt zu der  
laut den sozialen Frieden preisenden Allgemeinen Unter-  
stützungskasse und dem tarifgemeinschaftsüberzeugungs-  
treuegebensten Gutenbergbund empfiehlt. Was sind sie  
doch tüpeltüpfelhaft die Freunde aller gegen den Verband  
gerichteten Organisationspielereien! Am 24. Fe-  
bruar verließen deshalb vier Kollegen ihre Plätze. Leider  
waren sich drei Verheiratete ihrer Pflicht als Verbands-  
mitglieder nicht bewußt und blieben stehen, darunter der  
Vertrauensmann, der sein Amt fünf Jahre bekleidete und  
sich noch durch Handschlag verpflichtete, der Sache des  
Verbandes treu zu bleiben. Jetzt bedient er neben einer  
Zweiarbeitsmaschine noch eine Apparatmaschine zum  
Schaden seiner Kollegen. Auch wurde der Firma ein  
Gutenbergbüchler namens Albert Wester aus Kaisers-  
lautern von der im „Korr.“ öfter erwähnten Bundes-  
niederlage St. Ingbert vermittelt. Trotzdem der Ge-  
nannte darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das Ge-  
schäft nicht mehr tariftreu ist, scheute er sich nicht, den Aus-  
ständigen in den Rücken zu fallen. Der Firma war es  
nun möglich, den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten,  
weshalb die Sache leider für uns aussichtslos ist. (Ja,  
leider!) Müge daran wieder einmal erkannt werden,  
was es mit solchen Versicherungen manudal auf sich hat.  
Wenn um eine solche Kondition gleich drei Gehilfen ihre  
Verbandsmitgliedschaft schwimmen lassen, dann hört doch  
alles auf! (Neb.) Die Streichung der Firma aus dem  
Tarifverzeichnis wurde bereits in Nr. 25 des „Korr.“  
veröffentlicht; das Geschäft ist somit für alle tariffreien  
Gehilfen geschlossen. Weitere Schritte gegen die Firma  
betreffs Ausführung behördlicher Arbeiten sind ein-  
geleitet.

## Rundschau.

**Kommunales Verständnis für unsre Tarifpolitik.**  
Wie uns auf die Notiz unter vorstehender Stichmarke  
in voriger Nummer aus Elberfeld mitgeteilt wird, hat  
auch die dortige Stadtverwaltung ab 1. Januar d. J.  
eine Erhöhung der Druckfachspreise um 10 Proz. ein-  
treten lassen.

**Die Vergebung städtischer Druckfachs in Hagen.**  
In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Februar d. J.  
wurde in Hagen i. W. ein Antrag des Stadtverordneten  
Breil auf Vergebung der städtischen Druckfachs nur an  
tariffreie Buchdruckereien mit allen gegen zehn Stimmen  
abgelehnt. Der Vorsitzende betonte, daß die Stadt diesem  
Wunsche früher schon entsprochen habe, bis ihr die Un-  
nahme eines gegenteiligen Antrags des Stadtverordneten  
Kuhlmann das unmöglich gemacht habe. Ein Sanitätsrat  
Dr. Müller sowie die Stadtverordneten Gerstein und  
Kuhlmann sprachen sich entschieden gegen den Antrag  
aus. Besonders der letztere vertrat recht arbeiterfeindliche  
Tendenz, indem er die Befugung ausstellte, das  
Interesse der Stadt sei am besten dadurch gewahrt, daß  
die Druckaufträge dem billigsten Lieferanten zugewiesen  
würden, wenn Gewähr für gute Ausführung der Arbeit  
gegeben sei. Daß die Befugung eines solchen Grund-  
satzes in den meisten Fällen nur auf Kosten der Löhne  
und Arbeitsverhältnisse geschieht, scheint diesem Herrn  
unbekannt oder gleichgültig zu sein. Ihm traten dann  
sowohl der Antragsteller als auch der Vorsitzende sowie  
die Stadtverordneten Nippel, Lüfendel und Ludwig  
entgegen. Trotzdem fand der Antrag wie schon eingangs  
erwähnt, nicht die Zustimmung der Mehrheit, womit  
sich diese zweifellos ein sehr schlechtes Zeugnis für ihr  
sozial- und gewerbedepotisches Verständnis ausgestellt hat.

**Gehilfenprüfung in München.** Am 16. und 17. März  
findet in der Buchdruckerschule zu München, Brann-  
straße 2, die nächste Buchdruckergehilfenprüfung statt.  
Anmeldungen sind zu richten an den Vorsitzenden der  
Prüfungskommission, Herrn J. B. Graßl, München, Ge-  
schäftsstelle: Wöhlfstraße 12 I., von wo auch die vor-  
geschriebenen Anmeldeformulare zu beziehen sind.

**Sonderbare Betätigung eines Vertreters der  
Maschinenfabrik Hohannsbögen.** Der Buchdrucker-  
besitzer Richard Epenhahn in Finsterwalde ist nach Be-  
kenntnismachung des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker  
wegen Nichtanerkennung des neuen Buchdrucker-  
tarifs schon Mitte Februar d. J. aus dem Verzeichnis der  
tariftreuen Druckereien gestrichen worden. Infolgedessen  
haben auch die tariffreien Gehilfen dieser Druckerei Wakt  
gesagt, wie es als selbstverständliche Pflicht eines jeden  
Buchdruckergehilfen gilt, der sich auf den Boden der ge-  
werblichen und tariflichen Ordnung in unserm Gewerbe

stellt, indem er solchen Buchdruckereibesitzern, die nichts von ihm wissen wollen, ebenfalls aus dem Wege geht. Da berührt es denn sehr eigenartig, daß der Vertreter einer großen deutschen Schnellpressenfabrik, die im deutschen Buchdruckgewerbe in großem Ansehen steht, sich verpflichtet fühlt, dem tarifjuntreuen Buchdruckereibesitzer Espenhahn in Finsterwalde als Vermittler „arbeitswüthiger“, nichttarifreuer Elemente behilflich zu sein, wie es uns von Herrn Martin Schneider, Vertreter der Maschinenfabrik Johannistempel in Leipzig, bekannt geworden ist. Vom Kriegsschauplatz in Finsterwalde wurde uns nämlich mitgeteilt, daß Herr Espenhahn in dem genannten Schneider einen speziellen Freund seiner gesellschaftsfeindlichen Tendenzen sieht, dem er nur einen Wink zu geben brauche, um durch ihn Gehilfen jeder Art und Zahl billig wie Brombeeren zugewiesen zu erhalten. Herr Schneider scheint demnach nicht zu wissen, daß es im deutschen Buchdruckgewerbe einen paritätischen Arbeitsnachweis gibt, und noch weniger scheint er darüber im Klaren zu sein, daß seine Dienstleistung für Herrn Espenhahn von 80 Proz. aller Buchdruckergehilfen Deutschlands als gewerblich und tariflich verurteilt wird. Da uns ferner bekannt ist, daß es Herr Schneider sogar in mehreren Fällen versucht hat, in vorliegendem Sinne seine Vertreterschaft für eine angelegene Maschinenfabrik der deutschen graphischen Industrie praktisch zu mißbrauchen, so verzeihen wir dies unter entschiedenem Protest in der sicheren Erwartung, daß dadurch am besten die Stellenvermittlungstätigkeit Schneiders aus der Welt geschafft wird.

**Lehrerverein und Zwiebelischdrucker.** Eine Eingabe des katholischen Lehrervereins von Oldenburg an den zuständigen Landtag um Wiedererleihung des passiven Gemeinbewahrsrechts an die Volksschullehrer, die in einer Buchdruckerei zu Moppenburg hergestellt zu sein scheint, weißt in 33 Zeilen über 450 Fehler durch falsche Buchstaben auf. Im Texte, der aus gewöhnlicher Fraktur gesetzt ist, befindet sich kaum ein Wort, in dem nicht zugleich halbfette Buchstaben vorkommen. Die Landtagsabgeordneten, die ein gedrucktes Exemplar dieser Eingabe in die Hand bekommen haben, dürften über die geschäftlichen Verbindungen eines Lehrervereins mit einer so mangelhaften Buchdruckerei nicht wenig erstaunt gewesen sein. Und auch in unserer Marktenmappe für kaum zu übersehende „Glanzleistungen“ auf dem Gebiete des Buchdrucks wird das uns zugefandene Exemplar dieser Eingabe auf lange Zeit hinaus den ersten Platz behaupten.

**Beendigung des Generalstreiks der Buchdrucker in Genua.** Nach einmonatlichem Kampf und schwierigen, Tag und Nacht währenden Verhandlungen ist Friede geschlossen worden. In der Frage des Arbeitsnachweises besteht der Ausgang einen prinzipiellen, in der Lohnfrage einen hübschen materiellen Sieg für die Buchdrucker. Bei einer „gehörigen“ Situa und drei oder vier kleineren dauert der Streit wegen Maßregelungen noch an, sonst ist die Arbeitsaufnahme eine allgemeine gewesen. In Nr. 30 wird unter der Auslandsrubrik ein näherer Bericht über den Abschluß des Genuaer Generalstreiks folgen.

**Konflikt in der „Pariser Zeitung“.** Der Besitzer dieses Blattes, Julius Böb, hat nun seinen verwickelten Versuch, sich um den Tarif resp. um annehmbare Arbeitsverhältnisse zu drücken, die Krone aufgesetzt, indem er aus Deutschland Ersatzpersonal heranzuholen bemüht war, und als ihm dies wenigstens zum Teile gelungen, einige seiner organisierten Gehilfen entließ, worauf die andern sich solidarisch mit dem Gewerkschaften erklärten. Böb sucht im Klimmischen Anzeiger und andern Fachblättern Ersatz, firmiert auch wohl „Gazette allemande de Paris“. Konditionsannahme dort verbietet sich selbstverständlich. Wir kommen noch in der Auslandsrubrik auf diesen Konflikt zu sprechen.

**Ein internationaler Buchdruckerkongress im Jahre 1912.** Auf Vorschlag des Internationalen Buchdruckersekretariats haben die Vorstände der ihm angeschlossenen Zentralorganisationen beschlossen, im August d. J. in Stuttgart einen internationalen Buchdruckerkongress abzuhalten.

**Schiffenauflösung.** In Rudolstadt wurde Kollege Hermann Preilspicker als Schiffe für das Jahr 1912 ausgelöst.

**Offene Gewerkschaftssekretärstelle.** Wegen Eintritts des bisherigen Sekretärs in die Redaktion einer Arbeiterzeitung ist in Plauen i. V. die Stelle des Gewerkschaftssekretärs neu zu besetzen. Der Sekretär hat neben den Verwaltungsgeschäften des Kartells Rechtsanwärtin auf sämtlichen Rechtsgebieten, insbesondere aber auf dem Gebiete des Arbeiterrechts zu erteilen. Nebenrätliche Befähigung ist notwendig. Das Anfangsgehalt beträgt 2100 Mk. und steigt pro Jahr um 90 Mk. bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk. Etwaige Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden entsprechend in Anrechnung gebracht. Im übrigen gelten die Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“. Bewerbungen sind unter dem Vermerk „Bewerbung“ bis spätestens den 10. März an Franz Frische in Plauen i. V., Pfaffenstraße 6, einzuzureichen. Der Eintritt muß spätestens am 1. April erfolgen.

**Wichtige Kommentierung zum Lohnbeschlagnahmengesetz.** Bekanntlich kann der Lohn nur insoweit gepfändet werden, als er die Summe von 1500 Mk. jährlich übersteigt. Das würde einem monatlichen Einkommen von 125 Mk. entsprechen. Nun hat das sächsische Oberlandesgericht entschieden, daß es nicht angängig sei, in solchen Monaten, in denen infolge günstiger Arbeitsverhältnisse der Lohn mehr als 125 Mk. im Monate

beträgt, den diese Summe übersteigenden Teil ohne weiteres pfänden zu lassen. Vielmehr muß stets erst ein Ausgleich mit den weniger verdienstreichen Monaten oder Wochen gebildet werden, und nur der Betrag, der bei dieser Berechnung ein Jahresentkommen von 1500 Mk. übersteigt, ist der Pfändung unterworfen. Übersteigt der so berechnete Lohn die Summe von 1500 Mk. für das Jahr, so ist von jeder Lohnzahlung so viel pfändbar, als von dem die Summe von 1500 Mk. übersteigenden Betrag auf die einzelne Lohnperiode entfällt. Beträgt der Lohn nicht mehr als 1500 Mk. für das Jahr, so ist er in vollem Umfange der Beschlagnahme entzogen, und zwar ohne Rücksicht darauf, wie er sich auf die einzelnen Lohnperioden verteilt, und ob er von der einen oder der andern Periode auf das ganze Jahr übertragen mehr als 1500 Mk. ausmachen würde. Denn der höheren Löhnen steht in Fällen dieser Art für andre Perioden ein niedrigerer Lohn gegenüber und dem Schuldner würde, wenn trotzdem die Pfändung eines Teils des jeweiligen höheren Lohns zugelassen würde, nicht sein voller Verdienst verbleiben, obwohl dieser die Summe von 1500 Mk. für das Jahr nicht übersteigt.

**Zur Neuregung des Submissionswesens in Preußen.** Zwischen den Vorständen der Handwerkskammer und sonstigen Vertretern des Handwerks sowie Abgeordneten verschiedener politischer Parteien fand kürzlich in Berlin eine Aussprache über die wichtigsten Forderungen zur gesetzlichen Regelung des Submissionswesens statt. Es wurden folgende Grundzüge aufgestellt: 1. Vermeidung von Vergewungen an Generalunternehmer; 2. Vergütung nur zu einem „angemessenen Preise“, nicht an den Mindestfordernden, unter Zuziehung von Sachverständigen bei Feststellung dieses „angemessenen Preises“; 3. Längere Fristen sowohl für die Einreichung der Angebote als auch für die Ausfertigung der Arbeiten; 4. Schnellere Rückzahlung der hinterlegten Kautionen; 5. Ausschreibung in kleinen Losen und Vermeidung von Sammelpositionen usw. Auffallend ist, daß bei diesen Forderungen mit keinem Worte der Arbeiter gedacht ist. Kein Arbeitervertreter aus irgendeinem Gefellenausschusse war zugezogen. Damit richten sich die einseitigen Bestrebungen dieser Handwerkskreise vor selbst. Sie zeugen von einseitigstem Klassenstandpunkt.

**Genossenschaftliche Steuerleistungen.** Den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses ist eine vergleichende Übersicht über die Ergebnisse der Einkommensteueranlage für 1910 und 1911 zugegangen. Danach hatten die steuerpflichtigen Genossenschaften (außer Konsumvereine) im Jahre 1910 an Staats- und Einkommensteuer einschließlich der Zuschläge 343.394,40 Mk., im Jahre 1911 341.421,60 Mk. zu zahlen. Es ist hier also, obwohl die Zahl der steuerpflichtigen Genossenschaften von 926 auf 941 gestiegen ist, eine Verminderung der Steuerleistung zu verzeichnen, bei den Konsumvereinen jedoch, wo die Zahl der Vereine ebenfalls etwas gestiegen ist, von 919 auf 937, ist eine recht erhebliche Vermehrung zu konstatieren. Es stieg die veranlagte Steuer von 414.373 Mk. auf 436.349 Mk. und die zu erhebende Steuer (einschließlich der Zuschläge) von 502.869,60 Mk. auf 530.544,60 Mk. Das in Preußen steuerpflichtige Einkommen der andern Genossenschaften stieg von 9.191.713 Mk. auf 9.221.351 Mk., das der Konsumvereine von 12.486.860 Mk. auf 13.075.510 Mk. Angesichts dieser Zahlen kann man wirklich nicht mehr behaupten, daß dem Staate die Steuerquellen durch die Einführung des festen Rabatts ungebührlich beschnitten werden. — Zur selben Zeit, wo man in Preußen die Konsumvereine hinsichtlich der Steuerpflichtigen einen Ausnahmegezet unterstellen will, ist man in Oldenburg bemüht, ein Unrecht gutzumachen und die Besteuerung der Genossenschaften aufzuheben. Im Jahre 1906 wurden in Oldenburg auf Veranlassung der Regierung, die den Mittelhändlern einen Gefallen erweisen wollte, die Genossenschaften der Einkommensteuer unterworfen, und zwar wurden sämtliche Genossenschaftsarten gleichmäßig besteuert. Die Belastung der landwirtschaftlichen Genossenschaften wurde diesen jedoch zu groß, insbesondere, weil die Rechtsprechung des Oldenburger Oberverwaltungsgerichts auch sämtliche Arten der Rückvergütung der Steuer unterwarf. Regelmäßig erhoben nun die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung im Landtage gegen diese starke Umziehung der Steuergründe Protest. Eine Ausnahmebehandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften war jedoch nicht gut möglich, und so wurde schließlich jetzt ein Beschluß, der sämtliche Genossenschaften von der Einkommensteuer freilassen will, vom Landtag angenommen.

**Gewerkschaftsnachrichten.** Zur deutschen Bergarbeiterbewegung ist zu berichten, daß die endgültige Antwort des Verbandes der Grubenbesitzer insofern ablehnend lautet, als sie nur die nach dem Gesetze gewählten Arbeiterausschüsse für berechtigt erklärt, die Wünsche der Belegschaften vorzubringen und infolgedessen keine Verpflichtung vorhanden sei, sich zu den bis jetzt gestellten Anforderungen zu äußern. Aber auch den Arbeiterausschüssen wurde auf einzelnen Gruben kurz und provokatorisch ablehnend geantwortet. Das Verhältnis zwischen Grubenverwaltung und den Bergarbeitern ist deshalb ein sehr gespanntes. In den nächsten Tagen wird von den Bergarbeitern die Entscheidung gefällt werden. Den Besingungen der Organisationsleitungen wird allgemein Folge geleistet. — Der Gewerkschaftschriftlicher Bergarbeiter hält dieser Tage eine allgemeine Generalversammlung für das Frühjahr ab, um die Situation im Ruhrgebiete zu besprechen. Im Saarreviere sprachen in dringlichen Bergarbeiterversammlungen Giesberts, Wehrens und Jambusch. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, worin

die Bergarbeiter der preussischen Staatsgruben das Abgeordnetenhause bei der Beratung des Berggesetzes um eine entsprechende Lohnsteigerung bitten, da die Durchschnittslöhne im Saarreviere wesentlich niedriger als im Ruhrgebiete seien, während die Leistungen der Saarknappen nicht zurückständen. — Daß die evangelischen Arbeitervereine es den Christlichen in der Warnung vor dem Streite mindestens gleich tun müssen, versteht sich am Bande. Die Leitung des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine wartet ihre Mitglieder dringend vor einer Beteiligung an ungenügend begründeten, daher aussichtslosen Umständen, durch die die Sache der Arbeiter nur geschädigt werde. Die deutschen Arbeiter hätten keine Veranlassung, zugunsten der deutschfeindlichen englischen Industrie oder der Agitationsbedürfnisse der sozialdemokratischen Partei sich an einem Streite zu beteiligen. An dieser gewalttätigen Einziehung internationaler oder politischer Strömungen in die gegenwärtige rein gewerkschaftliche Bewegung der Ruhrbelegschaften kann nicht wieder aufs deutlichste die gewissenlose Neutralitätshenkelei der „christlichen“ Führer erkennen. Da sie keine stichhaltigen Gründe für ihre verdrätschliche Verhalten vorbringen können, malen sie ihren Mitgliedern das Gespenst vom roten Wauwau an die Wand. — Im deutschen Schneidergewerbe wurde zum 9. März die Durchführung der Generalaussperrung vom Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbande für das Schneidergewerbe angekündigt. Doch wuchs in den letzten Tagen die Zahl der neuen Bestimmungen anerkennenden Firmen immer mehr, so daß der Schlag der Unternehmer wohl kaum die beabsichtigte Wirkung haben dürfte. — Die englische Bergarbeiterbewegung hat noch keine Wendung zum Besseren zu verzeichnen. Die Verhandlungen über die Höhe des im Prinzipie von der Wahrheit der Grubenbesitzer schon zugesicherten Minimallohns führten bis jetzt zu keinem Ergebnis. Inzwischen vollzieht sich die Bahnlegung der englischen Industrie durch den Streik zwar langsam aber um so einschneidender und immer bedeutender für das ganze englische Wirtschaftsleben. Die Kohlenpreise und die Preise der Lebensmittel steigen von Tag zu Tag. Die Arbeiter bleiben jedoch fest und lassen von ihren Forderungen um kein Jota nach. Und schon fangen die englischen bürgerlichen Wälder, die vorige Woche noch zum größten Teile mit den Bergarbeitern sympathisierten, an, auf die Arbeiter zu schimpfen. Das bestärkt die streitenden Belegschaften um so mehr in ihrem Widerstand und in der Erkenntnis, daß nur ihre eigene Kraft am zuverlässigsten ist.

## Literarisches.

„Die Kalkulation von Druckarbeiten.“ Unter vorstehendem Titel hat der für die technische Fortbildung seiner Mitglieder außerordentlich richtige Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften eine 64seitige „Kalkulationstabellenschrift“ herausgegeben, die den Sonderabdruck der Artikelserie über „Das Kalkulationswesen mit Berücksichtigung des neuen Preistarifs“ in den „Typographischen Mitteilungen“ darstellt. Dieses Büchlein fällt im wahren Sinne des Wortes eine schon seit längerer Zeit oft empfundene Lücke in der modernen buchgewerblichen Literatur aus. Denn es werden darin die Grundzüge richtiger und einwandfreier Preisberechnung der geläufigsten Druckarbeiten für Gewerbe, Industrie, Literatur und Gesellschaftsleben klar und übersichtlich vermittelt. Das Büchlein ermöglicht jedem Buchdrucker eine sachgemäße Berechnung der Produktionskosten und der davon abhängigen Rentabilität seiner eignen Arbeit, so daß man sagen muß, es steht in dem meisten Hilfsmittel, das der Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften hiernit der Öffentlichkeit übergibt, nicht nur eine Festigung materieller, sondern auch ideeller Bestrebungen, indem dadurch weiteren Kreisen die Möglichkeit geboten wird, selbst zu prüfen und zu berechnen, ob das, was das Buchdruckgewerbe leistet, nicht eines besseren Lohns als bisher in den meisten Fällen würdig ist. Es steht ein für das graphische Gewerbe wie für das gesamte gewerbliche Leben überhaupt wertvoller Kernpunkt in einer solchen Vertiefung des Verständnisses für den Kostenpunkt gewerblicher Arbeit. Auf dem Grunde, dem diese Publikation ihr Entstehen verdankt, sind triebkräftige Wurzeln vorhanden; die dazu angeht sind, das gegenseitige Vertrauen hinsichtlich gemeinsamen Schaffens auf gewerblicher Basis ganz besonders zu beleben und zu fördern. Diese Gedanken besetzen uns nach Durchsicht des Büchleins, und wir wünschen ihm im Interesse des gesamten Buchdruckgewerbes die weiteste Verbreitung. Für alle, die sich noch eingehender mit dem Berechnungswesen der Buchdruckarbeiten befassen wollen, bildet es eine fast unentbehrliche Einführung in den vom Deutschen Buchdrucker-Verbande herausgegebenen Buchdruckpreistarif. Der billige Preis von nur 30 Pf. für das broschürierte und 50 Pf. (ausschließlich Porto) für das gebundene, sauber gedruckte Büchlein, welches leichtere Aufmachung uns für den ständigen Handgebrauch besser zusagt, stellt der Unmöglichkeit und dem idealen Streben des herausgebenden Verbandes das beste Zeugnis aus. Wir wünschen ihm auf dieser musterhaften Bahn weitere glückliche Erfolge. Den Vertrieb der Broschüre hat der Kollege Karl Richter, Leipzig-Neuditz, Goserstraße 35 part., in Händen.

## Gestorben.

In Appenzell (Schweiz) am 5. März der Schweizer-Dege Johann Georg Matzüller aus Wroggingen (Baden), 50 Jahre alt — Lungentuberkulose.

In Berlin am 17. Februar der Geiger (Musikant) Wilhelm Barty von dort, 53 Jahre alt — Magen-

bluten; am 19. Februar der Seher Richard Hoch aus Schöneberg, 31 Jahre alt — Nierenentzündung; am 20. Februar der Seher Ernst Weinholt aus Waldenburg, 53 Jahre alt — Herzlähmung; am 21. Februar der Seher Bernhard Arnold aus Neustadt, 59 Jahre alt — Bauchspeicheldrüsenentzündung; an demselben Tage der Seher Paul Gabel von dort, 28 Jahre alt — Influenza; an demselben Tage der Galvanoplastiker Emil Pfau aus Nobitz, 64 Jahre alt — Lungen-schwindsucht; am 22. Februar der Drucker Emil Funt aus Glauchau, 41 Jahre alt — Quecksilbervergiftung; an demselben Tage der Seher Otto Murswiek aus Gunglitz auf Rügen, 30 Jahre alt — Herzleiden; am 23. Februar der Drucker August Fäkel aus Reiznitz (Schle.), 43 Jahre alt — Augenblutung; am 27. Februar der Seher Wilhelm Raasch von dort, 32 Jahre alt — Augenentzündung.

In Chemnitz am 1. März der Seher Otto Gustav Gladowitz, 27 Jahre alt.  
In Dresden am 7. Februar der Seherinvalide Adolf Schulze, 32 Jahre alt — Altersschwäche; am 20. Februar der Seherfaktor Friedrich Engelmann, 69 Jahre alt — Leber- und Nierenleiden.

In Hannover am 25. Februar der Seher Georg Schenckemeyer von dort, 52 Jahre alt — Gelenkrheumatismus.

In Leipzig am 25. Februar der Direktor der Spanischen Buchdruckerei, Ed. Knoblauch, 50 Jahre alt.

In Mainz am 29. Februar der Redakteur Peter Tiefel aus Bingen, 69 Jahre alt.

In München am 27. Februar der Drucker Adolf Jaskulle aus Hannover, 25 1/2 Jahre alt — Blutvergiftung.

In Stuttgart-Degerloch am 18. Februar der Seherinvalide Karl Strauß aus Gabelberg, 65 Jahre alt — Gehirnerschütterung.

### Briefkasten.

Nach Gelsenkirchen: Unser Meinung nach hat der „Korr.“ dem „Typ.“ das Notwendigste gesagt, und zwar das letzmal so, daß Sie, obwohl ein paar Wochen vergangen sind, jeden positiven Versuch zur Widerlegung unserer Reinsignierungen im „Typ.“ vermessen werden. Deshalb sind wir der Ansicht: Hat der Gutenbergsbund dazu keine sittliche Kraft, so wird er die lokalen Schmerzen noch leichter ertragen. Wenn der Oberfaktor der Firma Münstermann in seiner Gutenbergsbundesfreundlichkeit alle Reserven aufgibt, die eine solche Stellung gebietet, insonderheit was die Auslernenden anbetrifft, so eignet sich dies neben den andern Hürden zur Beurteilung in einer Versammlung wie zur Ergründung der dagegen notwendig erscheinenden Schritte besser als zum Breitreiten im „Korr.“. Es gibt Gelegenheiten, auch der Firma Münstermann begreiflich zu machen; daß die oberfaktorischen Praktiken wohl für den Bundes- aber nicht im Geschäftsinteresse gelegen sind. Was der andre Prinzipal mit jenem Bündler erfahren hat, und wie gründlich er von seiner Bundesympathie geheilt worden ist, könnte sich auch dort wiederholen. Wir bekommen jedesmal einen Anfall von Ekel, wenn der von einem Prinzipal zum andern rutschende Felder, der Zitatenstücker und Meisterdemagoge Exreffert oder der würdige Gehilfenanwalt Thranert abgeburlet werden sollen. Wir haben so viel zu tun, daß die an jene unappetitliche Gesellschaft verschwendete Zeit uns wie ein Raub an den Interessen unser Kollegen vorkommt. — N. G. in S.: Im allgemeinen wie vorstehend. Daß der Gutenbergsbund mit seiner verunglückten Agitationsnummer auch die dortige Pflege überschwemmt, aber selbst bei den Nichtmitgliedern damit abfällt, ist ja wenig hoffnungsvoll für den blühenden „Orts“verein St. Ingbert, der sogar in dem 60 km entfernten Kaiserslautern seine „vielen“ Mitglieder unterbringen muß. Die Geschichte des langfristigen Zugenbündlers aus Kaiserslautern ist ja gut. Freundl. Gruß! — G. P. 35: Wir empfehlen Ihnen, die Anfragen an das Berliner Gewerkschaftssekretariat zu richten. Wir entnehmen die Notiz einer Tageszeitung, die jedoch auch keine näheren Angaben über die entscheidende Instanz brachte. Eine öffentliche Aufrollung von Streitfragen in Steuerfragen hat schon oft Nachteile für bessere Verhältnisse in einzelnen Bundesstaaten zur Folge gehabt. Darum lassen wir es stets bei einer kurzen Registrierung verbleiben. — S. L. und W. B. in G.: Wenn G. wegen Krankheit bedauerlicherweise auch nicht selbst antworten kann, so hat „in der nächsten Umgebung“ dieses unter erschwerten Umständen seinen Weg

nach hier gefundene Lebenszeichen doch das nötige Verständnis gefunden. Frdl. Gruß! — Nach Weuten: Der Gutenbergsbund kann es sich ja leisten, die Auslernenden mit Freigeldern zu traktieren. Wenn trotzdem nur ein Fünftel an die Angel ging, das zweimal die Gehilfenprüfung nicht bestehen konnte, dann gönnen wir ihm ruhig diesen Triumph. — D. W. 11: M. — M. G. in Hirschberg: 1,70 Mk. — G. M. in Jossen: 1,25 Mk. — D. F. und O. N. in K.: Werden Sie sich an den Graphischen Verlag von K. Siegel in Mühlendamm II, Holzstraße 7. — D. N. in K.: Die Antotype. — W. K. in Vachen: In Nr. 144 des „Korr.“ vom Jahre 1909 finden Sie die gewünschten Angaben. In der dortigen Ortsvereinsbibliothek wird der betreffende Jahrgang wohl zu haben sein. — D. F. in Dortmund: Besten Dank und freundlichen Gegengruß! Prompt ausgerichtet worden. — Civis: Das Falsche Gutenbergsbild als Punktstich ist nicht so selten. In den neuerziger Jahren vertrieb es der Sohn des Verfertigers auf Reisen in Deutschland.

Unsere ausländischen Mitarbeitern zur Mitteilung, daß wir infolge Ausfalls der Donnerstagnummer in der zu Ende gehenden Woche auch die Auslandsrubrik ausfallen lassen. Das Wichtigste wird unter „Rundschau“ in dieser Nummer kurz berichtet. Wir nämlich müssen nach Beendigung der Tarifbewegung in Deutschland wie nach Zurücklegen eines auch sonst recht ereignisvollen Jahres mit dem Raume des „Korr.“ haushalterischer umgehen und bitten daher unsere geehrten Mitarbeiter, sich auch ihrerseits diesem kategorischen Muß willig zu fügen.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechanstalt Kurfürst, Nr. 1191.

**Bremen.** Der von hier abgereiste Seher Albert Fender (Hauptbuchnummer 34381) wird um sofortige Zurückstattung der beiden nicht abgelieferten Bibliothekbücher oder Einzahlung des Betrags von 7,20 Mk. an G. Bönnau, Falkenstraße 4, ersucht.

**Essen.** Der im Bezirke Bochum konditionierende Kollege Philipp Weigenburger wird ersucht, die seit November restierenden zwei Beiträge umgehend einzusenden, anderenfalls Ausschluss beantragt wird. Ebenfalls wird der Seher Willi Kumbriak aus Münster um Einzahlung des restierenden Beitrags ersucht.

**Freuznach.** Die verehrlichen Funktionäre werden um Angabe der Adresse des Druckers Karl Traut (Hauptbuchnummer 63023) aus Kreuznach an Karl Schmidt, Karlsstraße 78, gebeten.

**Mainz.** Der Seherstereotypur Robert Halfmann aus Eberfeld, bis 5. Februar in Mainz, wird ersucht, umgehend seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

**Mannheim.** Der Drucker Paul Hoffmeister aus Mühlhausen i. Thür. sowie der Kollege August Schäfer aus Raubus-Gschbach werden ersucht, wegen wichtiger Mitteilungen ihren derzeitigen Aufenthalt an G. Fußs, Poststraße 8, mitzuteilen.

**Münster.** Der bisherige Maschinenmeisterklub hat sich in einen Bezirksmaschinenmeisterklub umgewandelt. Die Adresse des neuen Vorsitzenden lautet: Ehr. Vackoffen, Lorengerstraße 14 III.

**Oberhausen.** Der Seher Wilhelm Dee, zuletzt in Duisburg, geht unbekanntem Aufenthalts, wird hiermit aufgefordert, den im vorigen Jahre erhaltenen Voranschlag von 12 Mk. unverzüglich an den Kassierer Heinz Vinz, Lotzinger Straße 153 I, einzusenden. Gleichzeitig sei Kollege D. darauf aufmerksam gemacht, auch seinen restierenden Beitrag in Duisburg zu begleichen. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden gebeten, denselben darauf aufmerksam zu machen.

**Saarbrücken.** Der Seher Theodor Schwarz (Hauptbuchnummer 91378), geboren in Oberginsburg, wird hierdurch zum letztenmal aufgefordert, unter Angabe seiner Adresse sich hier zu melden. Schw. reiste mit vier Kisten unter Hinterlassung seines Wachs ab. Die Herren Funktionäre werden ersucht, Schw. eventuell auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

### Adressenveränderungen.

**Königsberg i. Pr.** (Stereotypenklub Ostpreußen, Sitz Königsberg i. Pr.) Vorsitzender: Hugo Lindczun, Hinterhofgarten 20; Kassierer: Albert Krückardt, Unterhaberberg 12a.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Duisburg der Seher Joh. Bapt. Habermehl, geb. in Urzheim (Kr. Landau, Pfalz) 1890, ausgel. das. 1907; war schon Mitglied. — Rudolf Paley, Ruhrorter Straße 56.

In Furtwangen der Seher F. Freitag, geb. in Eßgenau 1861, ausgel. in Limburg a. L. 1889; war schon Mitglied. — F. Müller in Freiburg i. B., Albertstraße 26.

In Göttingen a. D. der Schweizerdegen Georg Fajhauer, geb. in Koburg 1893, ausgel. in Bad Liebenstein 1911; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seig in Münden, Holzstraße 24 I.

In Solingen I. der Maschinenseher Johann Piel, geb. in Solingen 1863, ausgel. das. 1881; 2. der Schweizerdegen August Deiters, geb. in Föhre 6. Alfeld (Leine) 1891, ausgel. in Alfeld 1910; waren noch nicht Mitglieder. — Heinrich Marschall in Eberfeld, Humboldtstraße 53 II.

In Eußl der Schweizerdegen Otto Sauer, geb. in Heidesbach 6. Eußl 1886, ausgel. in Eußl 1904; war noch nicht Mitglied. — L. Stange in Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz 6, 9.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Die Herren Reiskasserverwalter werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Seher Robert Wittig aus Halle a. S. (Hauptbuchnummer 40777) wegen Falschens einer Legitimation Buch und Legitimation abzunehmen und beides der Hauptverwaltung einzusenden.

**Gürlitz.** Die Auszahlung des Viatikums an ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte erfolgt nur in der Wohnung des Kassierers Paul Eckardt, Waldstr. 4 III.

### Versammlungskalender.

**Ashersleben.** Versammlung heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Kamerhof“.

**Berndorf (Hav.).** Versammlung heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schulstraße 17.

**Brandenburg.** Generalforsammlung Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße 17.

**Charlottenburg.** Versammlung heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Wohlfahrts“, Hofenstraße 3.

**Chemnitz.** Maschinenlehrer- und Generalforsammlung Sonntag, den 10. März, nachmittags 1 Uhr, im „Goldene Anker“, Augustusburger Straße.

**Eberfeld-Garmen.** Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, den 10. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereins-lokale Hütten, Alterbarmen, Daveler Straße 59.

**Frankfurt a. M.** Hauptversammlung (Vorlegung) Sonntag, den 10. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“.

**Frankfurt-Main.** Maschinenmeisterversammlung heute Sonntag, den 9. März, abends 9 1/2 Uhr, im „Waldhofs“, Mainstraße 33.

**Görlitz.** Maschinenmeisterversammlung heute Sonntag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gründerhof“.

**Gottsboden.** Versammlung heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Hotel Gluckau“.

**Hatzenbach.** Bezirksversammlung Sonntag, den 14. April, vormittags 11 Uhr, in Eberfeld a. D. Beiträge bis 27. März, an den Bezirksleiter.

**Hohenhausen.** Bezirksversammlung Sonntag, den 9. März, nachmittags pünktlich 2 1/2 Uhr, im „Kamm“ in Hirschberg.

**Kattowitz.** Versammlung heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Pierrot“.

**Krefeld.** Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, den 10. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Siberts“.

**Neunkirchen (Saar).** Versammlung Samstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus von Herrmann, Langen-bergstraße.

**Planitz i. B.** Maschinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Lagland“, Schumacherstraße.

**Stuttgart.** Stereotypur- und Galvanoplastiker- versammlung (aus Württemberg) Samstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration von Deeg, Neosen-straße 17.

**Weser-Ems.** Bezirksversammlung am ersten Osterfesttag in Bestemünde. Beiträge bis 18. März an den Bezirksleiter.

**Wismar.** Versammlung heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Wallgasse“.

### Schweizerischer Typographenbund.

Mit dem 1. März ist der zentrale Arbeitsnachweis von Bern nach Zürich verlegt worden. Kollegen, die in der Schweiz Kondition suchen, wollen sich daher von nun an melden beim Verwalter Kaspar Wächmann, „Volks-haus“, Zürich III. Das Verbandssekretariat.

## Sezerfaktor.

Für eine modern eingerichtete Sezerol in Großstadt im Osten mit etwa 20 Personen unter ein tüchtiger erster Utzdeutscher gesucht, welcher die Berechtigung zur Anstellung von Sezer- lingen hat und dem Personal mit Anstand und Energie vorstehen kann. Ausführliche Offerte mit Angabe der bisherigen Tätigkeit nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten unter S. N. 896 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Obermaschinenmeister

für großen Zeitungsrotationsbetrieb Norddeutschlands in dauernde, selbständige Stellung gesucht. Gehalt 3600 Mk. Nur Bewerber, die bereits mehrere Jahre in erster leitender Stellung in Rotationsgroßbetrieben tätig gewesen und befähigt sind, auf Grund praktischer Kenntnisse und ihrer Persönlichkeit einem größeren Personal mit Autorität vorzustehen, werden ersucht, ihre Meldung mit Angabe des Lebenslaufs unter Beifügung von Bild, Zeugnisabschriften und Referenzen an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 863 einzusenden.

## Typographiker sowie Monotypgießer

zu tarifmäßigen Bedingungen für sofort gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Stellungen nebst Gehaltsansprüchen an

889] **Gallberg & Büchting,** Leipzig, Täubchenweg 23.

### Fertigmacher und Höheboller

sowie zuverlässige Schriftsetzerinnen sucht für sofort in dauernde Kondition. Auch lernende Setzerinnen können sich melden. Schriftsetzerei **H. A. Grothaus,** Leipzig.

890] **Messinglinienbestoßer** 1878

sucht **E. Müller,** Leipzig, Täubchenweg 23.

### Galvanoplastiker

tätig in allen vorkommenden Arbeiten, in dauernde Stellung bei hohem Lohn

per sofort gesucht.

Offerten erbeten an **Chemisch-Galvanische Industrie, G. m. b. H.,** Breslau 8.

# Züchtiger Textsetteur

für täglich erscheinende Nachmittagszeitung in sächsischer Großstadt zum 1. April gesucht. Offerten mit Nachweis der Tüchtigkeit in ähnlichen Positionen, Alters- und Gehaltsangabe und Referenzen erbeten unter Nr. 858 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

# Tüchtige Stempelschneider und Zeuggraveure

gesucht. **G. Georgi, Offenbach a. M.**

# Komplettmaschinengeießer

gesucht. **E. Alberg, Leipzig, Brüderstraße 67.**

# Ein gewissenhafter Korректор

wird für mittlere Leipziger Druckerei in dauernder, angenehmer Stellung gesucht. Anerbieten mit Gehaltsanspr. unter Nr. 872 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

# Tüchtiger Stempelseker

in dauernder Stellung gesucht. Gest. Offerte mit Angabe zeitiger Tüchtigkeit an **A. & W. Mauser, Stuttgart.**

# Selbständiger, zuverlässiger Schweizerdegen

gelesenen Alters von kleinerer Zeitungsdruckerei Sachkenntnis gesucht. Die Stellung ist absolut dauernd und über Zeit entlohnbar. Es wollen sich jedoch nur Herren melden, die längere Tätigkeit in ähnlicher Stellung nachweisen können. an Schnell- u. Siegeldruckerei älteren Systems sowie im Holz- und Inkeratengabe Gütes leisten. Gest. Offerten unter O. R. 809 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ausländische große Schriftgießerei sucht durchaus perfekten

# Graveur

für Stahl und Feig. Bewerbungen unter Nr. 855 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

# Tüchtiger Komplettmaschinengeießer

für Buchdruckerei sofort gesucht. **A. Gahle Sohn, Weimar.**

# Komplettmaschinengeießer

für Rüstermannsches System sowie ein Höheboller finden dauernde Kondition. **[888] Schriftgießerei Kolland, Birkenwerder-Berlin.**

# Junger Mann

geleiteter Buchdrucker, Handelschüler, sucht Stellung in einem Buchdruckereitor per sofort oder 1. April. Anfragen unter E. K. 862 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Strebsamer

# Schweizerdegen

sucht zur weiteren Ausbildung per bald Stellung in größerer Druckerei, möglichst an solchem Ort, an dem Fachschule besteht oder Meisterkurs für Buchdrucker abgehalten werden. Gest. Offerten mit Angabe der Bedingungen unter A. B. 881 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

# Bossen (Marx)

Druckmaschinenausstellung 3. bis 17. März. Sonntag, den 10. März, Besichtigung der „Berliner Buch- und Buchdruckerei“, gleichzeitig Vortrag über den Illustrationsdruck.

# Dresden Buchdruck- Maschinen-Verein. Dresden

Sonntag, den 10. März, vormittags 11 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. **[888] Der Vorstand.**

Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zum Senefelder“ Vortrag über „Schrift und Ornament“. Besprechung von Schriftgießereineinheiten, Drucksachenausstellung.

**Flensburg.** Sonnabend, den 9. März, abds. 9 Uhr, bei Andreßen, Angelburger Straße 49: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der 1. Kommission; 2. Abrechnung; 3. Jahresbericht; 4. Verschiedenes. **[876]**

**Bruder Hermann Schulz** aus Stendal (Altmark) wird freudigst gesucht, wo auch wichtiger Angelegenheit mit sofortiger Adresse mitzuteilen. **[885] Oskar Sawi, Braunschweig, Damm 12 II.**

Die **Mitgliedschaft Chani** (Oberpfalz) beabsichtigt, eine Vereinsbibliothek zu begründen und richtet daher an die Bibliotheken der größeren Ortsvereine die höfliche Bitte, diese durch **Überweisung von Papirkosten** usw. kollegial zu unterstützen. — Postkosten werden gern vergütet. — Sendungen nimmt dankend entgegen **E. Hiernd, Cham (Oberpfalz), Landsbergerhofstraße 312.** **[884]**

Der Drucker **H. Ferris** wird gebeten seine Adresse unter **N. K. 870** an die Geschäftsst. d. Bl. anzugeb.

**Dankfagung!** Dem verehrten Bauvorstande von Schloßwitz (B. d. B. B.), Breslau, den Herren Kollegen des Bezirks Girschberg und den Mitgliedern des Gelangvereins „Gutenbergs“ sage ich für die vielen Ehrungen u. schließlich meines 70. Geburtstages herzlichsten Dank. **Girschberg i. Schl. 1912. [879] Karl Reimann, Korrektor und Bezirkskassierer.**

## Magenkranke

ebenso mit Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden usw. Behaftete erhalten von mir gerne kostenlos Auskunft, wie zahlreiche Personen von diesen lästigen Leiden befreit worden sind.

**Krankenschwester Marie Wiesbaden A. 155 Nikolaistraße 6.**

## X- u. O-Beine

verdeckt, „Verbess. Triumph“, elegant, bequem, unauffällig. Keine Polster! Maße nicht nötig, da verstellbar. Angeb. od. O-Beine. Preis 1.—. Nachm. Ad. Bensecke, Hannover, Postf. 7.

## Warum auf jeden Fall sind die Abonnenten der Typographischen Jahrbücher im Vorteil?

Die Abonnenten erwerben jährlich für 60 Pf. pro Heft 350 erstklassige, ein- und mehrfarb. Satz- und Druckmuster, Proben der neuesten Schriften, des Papierses und der Farbe.

**Kostenlose Beteiligung am Fernkursus im Kalkulieren — Fernkursus im Schriftschreiben — Fernkursus im Zeichnen und buchgewerblichen Entwerfen — Drucksachen-Preiswettstreit.** Eine praktische Neuordnung bieten wir ferner mit den Liniertafeln für Akzidenzsetzer. Präziser sachlicher Text und eine unbefangene Kritik aller Neuerscheinungen auf fachlichem Gebiete zeichnen die Typographischen Jahrbücher besonders aus; die wertvollen technischen Abhandlungen und Belehrungen finden das erhöhte Interesse jedes Buchdruckers.

**Preis jedes Heftes nur 60 Pfg.** Aus alledem sind die Abonnenten der Typographischen Jahrbücher **im Vorteil auf jeden Fall!** Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen sowie der Verlag der Typograph. Jahrbücher, Leipzig, entgegen.

**Dirch. Gärtels Bühnenverband** (A. Siegl), München 50 7, Holzstraße 7. Fachliteratur, Werte, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unentgeltlich und frei.

**Sachtechnisches Vortragsb. von H. S. Nief, 550 Str. Typographisches Atelier, von F. Schwarz, 1 Str. Die Alchestrstraße. Buchdruckereiliebe von Otto Meyer, Einheitsrempfer 50 Pf. aus dem Buchdruckerkreis. von R. Lindner, taub. Profoge, Heftspiele usw. 50 Pf.**

Zu Offiziersfeiern, Zusammenkünften, Ausflügen etc. ist das **Deutsche Buchdrucker-Liederbuch** von Dr. Krahl bestens zu empfehlen. Pr. 1,25 M., im Buchhandel teurer. Adell & Gille in Leipzig.

# Verein Leipziger Stereotypen- und Galvanoplastiker.

Donnerstag, den 21. März, abends 7 Uhr, im Etablissement „Schloßkeller“: **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden und des Kassierers; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Verschiedenes. **[861] Der Vorstand.** Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

## ZUM TAUBCHEN

**RESTAURANT TAUBCHENWEG 87. TELEFON 2228**

Zur Jubiläumsfeier des Leipziger Vereins Festsche Dekoration sämtlicher Lokalküchen! Ausschank von ff. Bockbier (Bauer) sowie Prima Märzengose. Vom Kristallpalast ab Poststraße direkte Verbindung durch rote Linie 6, ab Johannisplatz Linie 7 oder blaue Linie R. Großer Jubel u. Trubel! Verlängerter Betrieb! Tadel! Aufmachung! Freundl. ladet ein Kollege Gustav Fischer.

## Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften

Soeben erschien in unserm Verlage: **[861] DIE KALKULATION** von Druckarbeiten / Sonderabdruck aus den „T. M.“ 64 Seiten stark / Preis broschiert 30 Pf., gebunden 50 Pf., auschl. Porto. Der außerordentliche Beifall, den die Artikelserie „Das Kalkulationswesen“ überall gefunden hat, veranlaßt uns, dieses aktuelle Thema in einem Sonderabdruck herauszugeben. Zu beziehen durch Kollegen: Karl Richter, Leipzig-Reudnitz, Hofer Straße 38 part. Den Vertrieb für Leipzig hat Kollege Oskar Hickermann, Brüderstraße 9 (Vereinsbureau) übernommen.

**Jede Woche eine Lieferung a 50 Pfennige**

geben wir ab von der für jeden Gehilfen. **Unterrichtsbriefen für Buchdrucker** Serie A (Setzer) 30 Briefe, Serie B (Drucker) 30 Briefe. Porto pro Brief 10 Pf. besonders. **Gegen Einsendung von 3 Mk. pro Monat liefern wir sechs Briefe franko.** Die Unterrichtsbriefe sind für alle diejenigen Buchdrucker bestimmt, die es verstehen, aus guten Lehrbüchern nützliche Anregungen und Vorbilder für ihr tägliches Schaffen zu schöpfen. Nur derjenige Buchdrucker vermag sich jetzt erfolgreich durchzusetzen, der mit allen Disziplinen seines Berufs genau vertraut ist. **Hierzu weisen wir namentlich die jüngeren Gehilfen und den ausblühenden Lehrlingen die Unterrichtsblätter für Buchdrucker allein den richtigen Weg!** **[871] Ausführlichen Prospekt versendet die Graphische Verlagsbuchhandlung Julius Mäser, Leipzig-R.**



## Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in **Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosanstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc.** unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besser. Qualität, zu allerbilligster Preis. Verlang. Sie durch Postkarte Muster, wir senden dieselb. sofort franko ohne Kaufzwang.

**Lehmann & Assmy, Spremberg L. 14** Größte u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. **[854]**

## Mäasers Reform-Tonplatten

sind die besten und billigsten! o o Proben kostenlos! **[875]**

Prägung von etwa 2000 Kupfermatern, Cic., zu vergeben. Preisofferten unter Z. 855 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**V. d. D. B.** Verbandszigarren-Ring p. 100 Mk. 7.— „Gutenbergs“, Zigarrenversandh. Goch (holl. Grenze). Koll. W. Boomers. Druckereivertr. ges.

## Ahlen und Pinzetten

Zurichtmesser und Scheren wie alle Utensilien für Setzer u. Drucker empf. **K. Siegl, München 50 7.**

## Verspätet!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigst geliebten Mannes, des Schriftsetzers **Ernst Weinhold** sage ich hiermit meinen innigsten Dank. **Berlin O, 8. März 1912. [871] Minna Weinhold, geb. Sokaruppe.**

## Ihr Apparat ist famos!

Bin sehr zufrieden! So lauten die Urteile der Kollegen über meinen **Rasier-Apparat** den ich jedem Kollegen 8 Tage zur Probe sende. Mit 2 Messern 8 Mk., 6 Messer 5 Mk. **[887] W. Sperhake, Mühlhausen (Thür.).**

Am 27. Februar verstarb unerwartet unser Kollege, der Schriftsetzer **Wilhelm Raasch**, im 38. Lebensjahr. Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen und werden sein Andenken stets in Ehren halten! **Berlin. [877] Die Kollegen der Lindendruckerei.**

Am 1. März verschied nach kurzem Kranksein unser wertes Mitglied, der Setzer **Otto Gustav Gladewitz** im Alter von 27 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren **[867] Die Mitgliedschaft Chemnitz.**